der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2014

Recht auf mündliche Anhörung

Nord-Korea: Luxus und Hungersnot

Defizitäre Entschädigung

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell
3 Freiheitsoper im Zuchthaus
Aufruf
Aus für Soldatendarsteller
Kommentar

Recht
4 Recht auf mündliche Anhörung

International
5 Nord-Korea: Hungersnot und Luxus
Zartes Licht über Myanmar

Thema
6 Defizitäre Entschädigung: Fallbeispiel einer Familie

Geschichte
8 Zweimal Sibirien, Teil 2

Berichte
10 „Die muß man doch belangen!"
11 Salonlesung in Görne
Der Helfer aus dem Westen
12 Luckauer Hafterfahrungen
Abschrecken und Einschüchtern
13 Mahnmal – wohin?
Schnelle Entscheidung der Koalition gefordert

Verbände
14 Beratung in Niedersachsen
Totenbuch Speziallager Ketschendorf
Gedenkveranstaltung Ketschendorf
Zum Spendenaufruf 2/2014
15 Bautzen-Treffen 2014
Workutaner
Suchanzeigen

Service/Bücher
16 Der Moorfrosch und die Mauertoten
17 Einmischung in innere Angelegenheiten
18 Durch Höllenqualen
Rußlands Zivilgesellschaft
19 Sonja: „negtiv-dekadent"

Service/Veranstaltungen
17–19

Umschlagbild

„Mauern Gitter Stacheldraht" – Die Wanderausstellung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, unter wissenschaftlicher Leitung der Historikerin Christine Schoenemakers neu konzipiert. Sobald die Ausstellung bestellt werden kann, informieren wir darüber.

Foto: UOKG

Verantwortung übernehmen!

Von Rainer Wagner

Es gibt Studien, die nachweisen, daß die Opfer des Unrechtsstaates DDR durchschnittlich 20 bis 30 Prozent sozial schlechter gestellt sind als die Angepaßten, die Mitläufer oder die Vertreter des Regimes. Die körperliche und seelische Gesundheit der Betroffenen ist zerstört bzw. untergraben. Vollständige Gerechtigkeit werden wir kaum erreichen, aber einiges ist möglich.

Dazu gehört zumindest eine Erhöhung der Häftlingsrente, ihre Ausweitung auf die bisher nicht entschädigten Opfergruppen und die Vererbbarkeit an die ebenfalls geschädigten Lebenspartner. Auch muß die Kapitalentschädigung der heute doppelt so hohen Haftentschädigung für unschuldig Inhaftierte angepaßt werden.

Die menschenverachtende Ideologie und Praxis der Kommunisten zeigte sich besonders im Sklavenarbeitssystem ihrer Straflager und Zuchthäuser, ja sogar ihrer Zwangseinrichtungen für Jugendliche und Kinder. Die Arbeitskraft der Betroffenen wurde in brutalster Form ausgepreßt. Kaum zu erfüllende Normen, Arbeit unter gesundheitsgefährdenden Umständen prägten den Alltag der Gefangenen. Im Jugendgefängnis Dessau gab es während meiner Haftzeit ein Außenkommando in den Dessauer Gasgerätewerken (ehemals Junkers-Werke). Dort wurden Blechstanzen eingesetzt, an denen sich – der Unfallgefahr wegen – die Arbeiter weigerten, ihre Tätigkeit auszuführen.

Statt die Kosten für die nötigen Arbeitsschutzmaßnahmen zu übernehmen, forderte man jugendliche Gefangene an. Etwa 20 Prozent von ihnen büßten binnen kurzer Zeit eine Hand oder einen Finger ein. Ähnliches erlebten die Zwangsarbeiter in den anderen Haftanstalten während der gesamten Zeit von 1945 bis 1989. Besonders pervers dabei war, daß nicht nur die DDR-Wirtschaft von diesen Umständen profitierte, sondern auch viele westliche Firmen. Mit Ausnahme von IKEA hat sich bis heute keine Firma zu ihrer Verantwortung bekannt oder entschuldigt. Die UOKG nimmt sich dieses Skandals seit Jahren an. Wir verlangen eine angemessene Entschädigung für die zwischen 1945 und 1989 geleistete Sklavenarbeit, besonders der politischen Gefangenen.

Wie aber kann den von Zwangsarbeit Betroffenen Genugtuung oder Entschädigung zuteil werden? Nachdem die Zwangsarbeit für IKEA öffentlich wurde, meinten einige, die Westfirmen müßten zahlen. Eine solche Reaktion ist verständlich, aber führt nur teilweise zum Ziel. Denn nur ein Bruchteil der Leistung wurde für Westfirmen erbracht. Zwangsarbeiter, die für Westfirmen arbeiteten, leisteten gleichzeitig Zwangsarbeit für die DDR-Betriebe. Eine auf die Arbeit für westliche Firmen beschränkte Entschädigung kann nur zu tiefen Enttäuschungen und neuen Ungerechtigkeiten bei den Betroffenen führen. Deshalb hat die UOKG die gesamte Zwangsarbeit von 1945 bis 1989 untersuchen lassen.

Wir verlangen, daß alle betroffenen Ost- und Westfirmen sowie die Nachfolgefirmen der DDR-Betriebe ihre Verantwortung übernehmen. Da viele Firmen über die Treuhand abgewickelt wurden, muß das Bundesfinanzministerium für die Treuhand mit eintreten. Auch die brutale Ausnutzung von Gefangenen für die Strafvollzugseinrichtungen selbst muß entschädigt werden.

Im Herbst laden wir alle uns bekannten Firmen von Bedeutung, deren Nachfolgebetriebe und die Politik zu einem Runden Tisch Zwangsarbeit ein. Wenn die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik nicht dauerhaft den Makel skrupelloser und unbelehrbarer Ausbeuter der vom DDR-Regime versklavten Menschen tragen wollen, müssen sie sich auf eine angemessene Entschädigung festlegen. Diese könnte z.B. ein Rentenfond und eine angemessene Einmalentschädigung sein.

Freiheitsoper im Zuchthaus Cottbus

Das Menschenrechtszentrum Cottbus und das Staatstheater Cottbus zeigen vom 28. Juni bis zum 12. Juli 2014 Beethovens Oper Fidelio im Hof der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus.

Die amerikanischen Solisten Janice Baird (Leonore, unter dem Namen Fidelio) und Craig Bermingham (Florestan) sind in den Hauptpartien zu erleben. Neben dem Opernensemble und dem Philharmonischen Orchester des Staatstheaters wirken mehrere Chöre aus Brandenburg und ein Chor aus der Slowakei an der Inszenierung mit.

Intendant und Regisseur Martin Schüler lädt alle ehemaligen politischen Häftlinge des Zuchthauses Cottbus ein, an der Aufführung der Beethoven-Oper mitzuwirken. Möglichkeiten dazu gibt es am Ende des ersten Aktes im Gefangenenchor, eine der berühmtesten und ergreifendsten Szenen der Operngeschichte, und im Freiheitschor des Finales.

„FIDELIO. Die Freiheitsoper im Zuchthaus" hat Premiere am 28. Juni um 20.30 Uhr. Weitere Vorstellungen sind am 2., 4., 5., 9., 11. und 12. Juli, jeweils um 21.00 Uhr in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, Bautzener Straße 140.

Jeder kann selbst entscheiden, an welchen Vorstellungen und in welchem Umfang er mitwirken will. Voraussetzung für die Mitwirkung ist die Teilnahme an zwei Proben im Zeitraum vom 17. bis 26. Juni. Sängerische oder andere musikalische Talente und Erfahrungen sind hilfreich, aber nicht Bedingung. Das Team um Regisseur Martin Schüler sucht mit jedem gemeinsam nach der passenden Art und Weise der Mitwirkung.

Bei einer langfristigen Zusammenarbeit besteht die Möglichkeit, im Gästehaus des Staatstheaters Cottbus in der Rostocker Straße zu übernachten. Als Dankeschön für das Engagement gibt es zwei Freikarten für eine Fidelio-Aufführung nach Wahl.

Weitere Informationen sind zu erhalten bei Jessica Harmuth, Tel. (03 55) 782 41 29 und 0176- 54 29 74 77, E-Mail j.harmuth@staatstheater-cottbus.de.

Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.
Staatstheater Cottbus

Aufruf!

Das Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution wäre ein guter Anlaß, die Schwächen der Entschädigungsregelungen zu beseitigen. Wir als Betroffene sollten noch im Frühjahr Kontakt zu den Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis suchen. Viele von ihnen haben schon keine persönlichen Erfahrungen mehr mit der Teilung. Sie sind unseren Interessen gegenüber häufig offen, sollten aber durch Betroffene und Zeitzeugen informiert und motiviert werden.

Unsere Anliegen:

1. Erhöhung der Häftlingspension
2. Abschaffung der Bedürftigkeitsklausel, damit es eine echte Ehrenpension wird
3. Vererbbarkeit an Lebenspartner, wie bei Witwenrente
4. Aufnahme der bisher nicht entschädigten Opfer: Zersetzungsopfer, Zwangsverschleppte, Zwangsausgesiedelte und weitere Gruppen
5. Anteilige Entschädigung von Inhaftierten unter sechs Monaten
6. Beseitigung des Rentenunrechts gegenüber ehemaligen DDR-Flüchtlingen
7. Erleichterung bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden

Rainer Wagner

Aus für Soldatendarsteller

(uokg) Der Bezirk Berlin-Mitte hat beschlossen, am Brandenburger Tor künftig keine als Soldaten verkleideten Darsteller zu tolerieren. In Zukunft soll es demnach auch keine als Rotarmisten oder NVA-Soldaten verkleideten Personen mehr dort geben.

Rainer Wagner, Vorsitzender des Dachverbands der Kommunismus-Opfer UOKG, begrüßte diesen Vorstoß ausdrücklich, wies aber auf ein noch immer bestehendes Problem hin. Am Checkpoint Charlie stünden nach wie vor Darsteller sowjetischer und NVA-Soldaten. Daß diese zur Belustigung von Touristen benutzt würden, sei ein Unding und ihr Anblick für die Opfer des SED-Regimes unerträglich. Deshalb müsse der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg nun ebenfalls handeln.

Digitaler „stacheldraht"

Um Druck- und vor allem Portokosten zu sparen, soll die Zeitschrift „der stacheldraht" noch in diesem Jahr als pdf-Dokument Online angeboten werden.

Abonnenten, die von diesem Angebot Gebrauch machen und auf die Papierausgabe verzichten würden, bitten wir um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: der-stacheldraht@web.de

Die Redaktion

Kommentar

Orwells Vision

Seit einigen Wochen kann man Funktionäre der Linkspartei endlich wieder einmal ehrlich und offen erleben, ohne jedes Demokratie-Getue, sie loben die imperialistische Politik Putins. Dabei zeigt sich Sahra Wagenknecht, der „neue Liebling vieler Journalisten", auch wieder ungeniert als stalinistische Verfechterin von russischer Großmachtpolitik. Ihr Ausflug in die soziale Marktwirtschaft, die ja unbedingt mit Freiheit verbunden ist, war nur von kurzer Dauer.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Beobachtung von Politikern der Linken durch den Verfassungsschutz weitgehend verboten hat, lassen viele ungeniert ihre Maske fallen. Jetzt ist wieder Klassenkampf angesagt, und der „lupenreine Demokrat" in Moskau ist alter und neuer Bundesgenosse. Viele Genossen erinnern sich gern an die Kampfzeiten mit dem KGB-Agenten Putin, der beste Kontakte zum MfS unterhielt. Nun will er „Eurasien" errichten, dabei hat Orwell doch schon 1948 dieses Szenario als Horrorvision in seinem Buch „1984" beschrieben. Ob jetzt bei der SPD und den Grünen langsam klar wird, welchen Bundesgenossen sie sich ausliefern, wenn sie eine rot-rot-grüne Koalition ansteuern?

Ein Grünen-Abgeordneter hat es klar auf den Punkt gebracht: „Putin ist ein Diktator und ein Verbrecher." Allerdings sitzt Werner Schulz nicht im Deutschen Bundestag, sondern im Europa-Parlament. Konsequente Politik in ihrer klaren Reihenfolge kann man bei Konrad Adenauer lernen: „Freiheit, Frieden, Einheit." Die Linke will einen Frieden, der wie in der DDR ein Friedhofsfrieden wäre, ohne Freiheit. Wer jetzt noch diese Partei wählt, der hat den Wert der Freiheit nicht erkannt.

Anton Odenthal

Recht auf mündliche Anhörung

Verfassungsgericht entscheidet zugunsten der Betroffenen

In Ausgabe 8/2013 wurde über eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes Berlin berichtet, in der die Verfahrensrechte der Betroffenen gestärkt worden sind. Zur Erinnerung: Das Gericht hatte den Fall eines ehemaligen DDR-Heimkindes an das Kammergericht zurückverwiesen. Der Verfassungsgerichtshof monierte u.a., das Kammergericht habe den Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt, weil es eine für die Entscheidung relevante eidesstattliche Versicherung des Vaters des Antragstellers nicht berücksichtigt hatte. Es schrieb dem Kammergericht somit ins Stammbuch, daß dieses künftig nicht einfach eine eidesstattliche Versicherung des Antragstellers oder dessen Verwandten ignorieren darf. Eine Praxis, die leider gang und gäbe ist. Dabei liegt, besonders in Fällen ehemaliger Heimkinder, häufig eine Beweisnot vor. Der Sachvortrag des Antragstellers kann oft nicht anders als durch seine Erklärungen oder jene anderer Personen glaubhaft gemacht werden.

Nun ist jüngst wieder eine wegweisende Entscheidung eines Landesverfassungsgerichts ergangen. Das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg hat die Rechte der Antragsteller weiter gestärkt.

Der Beschwerdeführer wurde wegen Republikflucht zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt, die er im Zuchthaus Cottbus verbüßen mußte. Kurz darauf kam es zu einer erneuten Verurteilung zu zehn Monaten wegen Diebstahls und Erpressung. Während dieser Haftzeit unterschrieb der Beschwerdeführer eine Verpflichtungserklärung als IM bei der K 1. Er lieferte Berichte und führte dies auch nach der Haftentlassung fort. Schließlich wurde er erneut zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten wegen Republikflucht verurteilt. Während dieser Haftzeit endete die Zusammenarbeit mit der K 1 wegen „Unehrlichkeit und Dekonspiration", der Beschwerdeführer wurde von der Bundesrepublik freigekauft. Für die beiden Freiheitsentzüge wegen Republikflucht und einer vorangegangenen Untersuchungshaft wurde der Antragsteller vom Landgericht Potsdam rehabilitiert. Ihm wurde vom Präsidenten des Landgerichts als zuständige Behörde eine Kapitalentschädigung bewilligt.

Im Jahr 2009 hob das Landgericht die Bewilligung der Kapitalentschädigung auf. Inzwischen war diesem die Tätigkeit als IM bekannt geworden. Eine solche schließt die Bewilligung von Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz aus, wenn nicht besondere Umstände vorliegen, z.B., daß der Betroffene die Verpflichtungserklärung unter besonderem Druck unterschrieben hat. Genau dies machte der Antragsteller geltend. Die K 1 habe ihn wegen eines von ihm begangenen Waffendiebstahls im Zusammenhang mit dem ersten Fluchtversuch erpreßt. Sie habe damit gedroht, diesen Waffendiebstahl zum Gegenstand eines weiteren Verfahrens zu machen, welches seine Haftzeit um mehrere Jahre verlängere. „Von einer freiwilligen und gezielten Mitarbeit", so der Vortrag des Antragstellers, „könne nicht ausgegangen werden."

Weder das Landgericht noch das Brandenburgische Oberlandesgericht folgten diesem Vortrag. Der Beschwerdeführer bat in beiden Instanzen um eine persönliche Anhörung – vergeblich. Aufgrund dieser Tatsache hat der Beschwerdeführer Verfassungsbeschwerde eingelegt und die Verletzung seines Grundrechts auf rechtliches Gehör gerügt. Das Landesverfassungsgericht folgte dem Vortrag des Beschwerdeführers und hat die Sache an das Oberlandesgericht zur Entscheidung zurückverwiesen. Nach Auffassung des Antragstellers durften die Vorinstanzen dem Beschwerdeführer die persönliche Anhörung nicht verwehren. „Die angemessene Berücksichtigung seines entsprechenden Vortrags im Rahmen der gebotenen gerichtlichen Sachaufklärung", so heißt es in der Entscheidung, „war für die Gewährung rechtlichen Gehörs und effektiven Rechtsschutzes von entscheidender Bedeutung." Und weiter: „Nicht zuletzt verschafft eine mündliche Anhörung dem Gericht einen unmittelbaren Eindruck vom Antragsteller und seiner Glaubwürdigkeit."

Die Entscheidung korrigiert eine der größten Schwächen des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes. Da es der Gesetzgeber nicht für notwendig hielt, ergangene Urteile auch durch Urteile aufheben zu lassen, werden die strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren durch Beschluß entschieden. Für solche Verfahren ist aber eine mündliche Anhörung des Betroffenen nicht zwingend vorgeschrieben. Zwar kann das Gericht eine mündliche Anhörung anordnen, „wenn es dies zur Aufklärung des Sachverhalts oder aus anderen Gründen für erforderlich hält" (§ 11 Abs. 3 S. 2 StrRehaG). Doch selbst wenn es diese Voraussetzungen für gegeben hält, ist es in das Ermessen der Gerichte gestellt. Und diese hielten eine mündliche Anhörung selten für notwendig.

Diese Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes ist ein wichtiger Schritt für die Rechte der Betroffenen. Einerseits bekommt der Antragsteller die Chance, den Eindruck der Aktenlage – die häufig ohnehin nur aus Stasi-Akten besteht – zu entkräften. Andererseits ist eine mündliche Anhörung auch geeignet, das Selbstwertgefühl der Opfer zu stärken. Nun hat dieses Urteil des Landesverfassungsgerichts auch Kritik auf sich gezogen. Diese hat sich hauptsächlich an der Tatsache entzündet, daß es sich bei dem Betroffenen um einen IM handelte. Es gibt die Meinung, ein IM habe – unabhängig von den Umständen seiner Verpflichtung – niemals einen Anspruch auf Entschädigungsleistungen verdient. Diese Frage gilt es ohne Zweifel weiter zu diskutieren. Im Hinblick auf die hier besprochene Entscheidung jedoch ist der grundsätzlich positive Effekt des Urteils maßgebend.

Florian Kresse, Jurist

UOKG-Petition vom Deutschen Bundestag abgelehnt

(cs) Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) hatte in einer Petition eine Änderung des § 18 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes gefordert, die es ermöglichen würde, daß in besonderen finanziellen Notlagen eine Unterstützungsleistung durch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge auch neben der besonderen Zuwendung für Haftopfer gewährt werden kann.

Der Deutsche Bundestag lehnte am 13. März 2014 auf Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses hin diese Petition ab.

Zur Begründung heißt es: „Der Petitionsausschuß hält die gegenwärtige Gesetzeslage für sachgerecht und angemessen... Die Gewährung von Unterstützungsleistungen und die Gewährung der besonderen Zuwendung für Haftopfer an ein und dieselbe Person wurden bewußt ausdrücklich ausgeschlossen, weil sie … unverhältnismäßig wäre."

Nord-Korea: Hungersnot und Luxus

War schon in der Neujahrsbotschaft Kim Jong-uns ein versöhnlicher Ton zu spüren, so hat Pjöngjang inzwischen eine stärkere Friedensoffensive Richtung Seoul entfacht: An der innerkoreanischen Demarkationslinie wurde die Haßpropaganda per Lautsprecher völlig eingestellt, und auch die bisher oft brutale Diktion der Radiosendungen ist wesentlich milder geworden. Hatte man ein von der südkoreanischen Präsidentin Park vorgeschlagenes Treffen von durch die Teilung getrennt lebenden Familienmitgliedern drei Jahre lang, bis Ende 2013 scharf abgelehnt, so konnte eine Begegnung Ende Februar reibungslos stattfinden. Indes mißtraut Seoul den Sirenenklängen aus dem kommunistischen Norden weiterhin, hat man doch die atomare Aufrüstung dort keineswegs gestoppt, sondern betreibt sie unvermindert weiter. Zudem hat der Süden Koreas inzwischen wohl das wahre Motiv der Annäherungsversuche Pjöngjangs durchschaut: Dort steht man erneut vor der Gefahr einer Hungersnot. Zur ohnehin sehr geringen Ernährung der Bevölkerung benötigt Nord-Korea 5,37 Millionen Tonnen Reis, die letzte Ernte betrug jedoch nur noch 5,03 Millionen. Rund 300 000 Tonnen wird man in China und Thailand einkaufen, die restlichen 40 000 hofft Pjöngjang vom UN-Welternährungsprogramm und vom bisher so beschimpften Süden geschenkt zu bekommen. Sollte dies ausbleiben, werden wiederum Menschen in Nord-Korea verhungern müssen.

Ungeachtet dessen wird volltönend Propaganda gemacht für das Ski-Gebiet Masik Ryong, das nach offizieller Erklärung „das Ergebnis der Liebe Kim Jong-uns zu seinem Volke" ist. Hier, in einer Höhe bis zu 1300 Metern, entdeckte der Diktator die Schönheit der Berge und befahl, „in Blitzgeschwindigkeit" an dieser Stelle den ersten Wintersportort Nord-Koreas zu errichten. Die Botschaften im Ausland hatten für „freiwillige Spenden" zu sorgen und mehrere zehntausend Soldaten aus rund 250 Hektar Land neun Abfahrten, einen Schneepark sowie eine Rodelbahn nebst einem Luxushotel mit entsprechendem Service aus dem Boden zu stampfen. Die Kosten hierfür werden auf 30 bis 48 Millionen US-Dollar geschätzt. Die Summe entspricht dem Preis von 75 000 bis 120 000 Tonnen Getreide, mit denen die gesamte Bevölkerung des Landes fast vier Monate hätte ernährt werden können.

Gebaut wurde das Objekt aus Prestigegründen und als gute Deviseneinnahme: Man erwartet täglich 5000 Besucher und durch sie Einnahmen von jährlich 60 Millionen US-Dollar. Zwei Übernachtungen kosten rund 350 Dollar. Ein Nord-Koreaner wird dies kaum bezahlen können, beträgt sein durchschnittliches Jahreseinkommen doch nicht viel mehr als 1000 US-Dollar. In der Propaganda der Staatsmedien hört er dagegen immer wieder, der Wintersport solle die Volksgesundheit mehren, denn Skifahren „hilft den Menschen, ihren Körper zu stärken, wie Vögel über die Schnee-Welt zu fliegen". Das bleibt für die Bevölkerung in ihrem volksdemokratischen Alltag nur eine hohle Phrase – wie so vieles im „Paradies" des Kim Jong-un.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Zartes Licht über Myanmar

„Neues Licht von Myanmar" – unter diesem Titel erscheint seit kurzem eine Zeitung in Yangon, der einstigen Hauptstadt – damals unter dem Namen Rangun – des ehemaligen Burma. Überhaupt ist alles schneller Veränderung unterworfen in diesem im Übergang befindlichen Land, welches noch vor wenigen Jahren eine völlig abgeschottete Militärdiktatur war. Seit Ende 2013 werden politische Häftlinge entlassen, nach Angaben deutscher Diplomaten sind nur noch etwa 20 bis 30 in Haft. Auch dürfen seit April 2013 kritische Zeitungen erscheinen, wie „The Sun Rays", ein besonders oppositionelles Blatt, das alle gesellschaftlichen Prozesse und Kräfte analysiert. Selbst über die Ikone der Opposition, Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, wird skeptisch berichtet. „Myanmar Freedom" ist ebenfalls eine neue Zeitung, die immer wieder über Probleme beim Übergang in die Demokratie schreibt.

Innerhalb der Opposition treten mittlerweile Spannungen auf, weil nach Meinung vor allem ehemaliger politischer Häftlinge viele neue Funktionäre nicht deutlich genug die Verbrechen der Militärdiktatur verurteilen. Obwohl die Todesstrafe noch nicht abgeschafft ist, wird sie zur Zeit nicht vollstreckt. Allerdings gab es, nach Angaben ehemaliger Inhaftierter, Folter in den Gefängnissen. Alle Geheimdienste scheinen noch zu existieren, jedoch halten sie sich im Hintergrund. Es gibt Überwachungen, die aber derzeit „dezent" erfolgen.

Für 2015 sind Parlamentswahlen geplant. Weil es im Land noch immer starke ethnische Konflikte gibt, ist die Verschiebung dieses Termins aber nicht ausgeschlossen. Deutsche Diplomaten beurteilen die politische Situation trotz aller Fortschritte nach wie vor als „zerbrechlich". Es gibt weiterhin Zensurbehörden, die allerdings im Moment scheinbar keine Veröffentlichungsverbote aussprechen, sondern nur beobachten.

Obwohl Burma 1948 unabhängig wurde, konnten sich bisher keine wirklichen demokratischen Strukturen entwickeln, denn seit der Ermordung von Aung San, dem Vater der Friedensnobelpreisträgerin, wurde das Land durch Militärdiktaturen beherrscht. Offiziell folgte man sogar einem „eigenen Weg zum Sozialismus", doch schottete man sich gegenüber China und der Sowjetunion ab. Eine zugelassene kommunistische Partei gab es nicht.

Mit höherem Lebensstandard und damit verbundenen Problemen steigt auch die Gefahr des Ausbruchs sozialer Konflikte. Im Augenblick galoppiert die Inflation, fast jeden Tag verliert der Kyatt an Wert. Die Suche nach dem Licht von Myanmar ist also mühsam und kann auch noch einmal durch Dunkelheit führen.

Anton Odenthal

THE SUN RAYS

Vol. I No. 12 WEEKLY NEWS JOURNAL 11 January 2014

Bedeutender Fortschritt: oppositionelle Presse in Myanmar.

Defizitäre Entschädigung

Fallbeispiel einer Familie

Von Eva Aust

In seiner Eröffnungsansprache auf dem Kongreß der UOKG zu Defiziten bei Rehabilitierung und Entschädigung am 26. Oktober 2013 in Berlin stellte der Vorsitzende der UOKG Rainer Wagner fest: *„Wenn der Durchschnitt der Regime-Nahen wesentlich besser gestellt ist als die, die sich für Freiheit und Demokratie eingebracht haben, dann ist das ungerecht."*

Haftzeit und Zwangsaufenthalt in der DDR 1974 bis 1982, Rentenunrecht

Als Unangepaßte bin ich am politischen System der DDR gescheitert. Gemäß §§ 100 und 213 des Strafgesetzbuches der DDR (staatsfeindliche Verbindungsaufnahme und Vorbereitung zur Republikflucht) wurde ich von 1974 bis 1977 inhaftiert. Das volle Strafmaß von drei Jahren habe ich – die U-Haft von neun Monaten in Berlin-Pankow abgerechnet – im Frauengefängnis Hoheneck verbüßt. Nach diesen drei Jahren fand trotz meines Antrags auf Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR und Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland keine Entlassung in den Westen statt, vielmehr wurde ich gegen meinen Willen in die DDR entlassen und dort noch einmal fast fünf Jahre festgehalten. Diese Jahre waren eine Zeit des völligen Ausgeliefertseins an die Machthaber der DDR. Sie war geprägt vom sozialen Niedergang durch Berufsverbot, der einherging mit einem wirtschaftlichen Abstieg und der Diskriminierung durch den vorläufigen Personalausweis PM 12, ausgehändigt an Personen, die als „kriminell gefährdete Elemente" bezeichnet wurden.

Nach sieben Jahren und acht Monaten gelangte ich im April 1982 durch wirtschaftliche Transfers in die Bundesrepublik. Gleichzeitig wurde ich aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen. In der Bundesrepublik begann der berufliche Neubeginn. Aus meinen Stasi-Akten geht hervor, daß ich bis an mein Lebensende nicht mehr in die DDR hätte einreisen dürfen. Eine Zäsur in meinem Lebenslauf bilden der Fall der Mauer 1989 und die Wiedervereinigung 1990. Seit 2001 bin ich Rentnerin.

Der Weg in den Lebensabschnitt als Rentnerin gestaltete sich im vereinigten Deutschland nicht minder schwierig als der Weg, den ich in der Diktatur der DDR zurückgelegt hatte. Ich wurde einer erneuten Repression, als welche ich die Rentensituation ansehe, ausgesetzt. Denn das *Rentenüberleitungsgesetz* (RÜG), das nach dem Zusammenbruch der DDR für die ehemaligen DDR-Bewohner zur Überleitung ihrer in der DDR erworbenen Rentenansprüche 1991 geschaffen worden ist, galt plötzlich auch für ehemalige politische Häftlinge und Ausgereiste, die in der alten Bundesrepublik lebten. Ein Blick auf die Umsetzung der „Überleitung" läßt einige Merkwürdigkeiten erkennen:

1. Die bis zum Mauerfall in der DDR verbliebenen DDR-Bewohner gaben ihre Sozialversicherungsausweise zur Berechnung ihrer Rente ab. Die gleiche Verfahrensweise muß so wohl auch für die Funktionsträger des SED-Regimes gegolten haben.

2. Jedoch profitierten diese Funktionsträger, nunmehr zum Beispiel angestellt beim BGS, zusätzlich von Rentenansprüchen und Anwartschaften aus einem Sonderversorgungssystem der bewaffneten Organe der DDR (MdI, NVA, Zoll, MfS). Sie wurden daraufhin vom Bundesverwaltungsamt (BVA) in fürsorglicher Weise folgendermaßen angesprochen: *„Bitte nehmen Sie jetzt die Möglichkeit wahr und sichern Sie sich jetzt alle Rentenanwartschaften, die Sie in dem Zeitraum einer Zugehörigkeit zu den bewaffneten Organen der ehemaligen DDR erworben haben… Bitte melden Sie sich umgehend beim Bundesverwaltungsamt und nutzen Sie die nachfolgende Adresse:…"*

In jenem Bundesverwaltungsamt arbeiteten ehemalige Stasi-Leute als „Rentenberechner". Sie waren also verantwortlich für die Berechnung der Rente ihrer eigenen Leute. Die unter 1. und 2. genannten Gruppen wurden bis zum Mauerfall nicht an ihrer Berufsausübung gehindert. Sie haben somit volle Rentenanwartschaftszeiten erworben, nicht gemindert, eher erhöht. Im Gegenzug dazu:

3. Den politischen Häftlingen und Ausgereisten, die bis zum Mauerfall in der Bundesrepublik lebten, entzog man ihre nach dem *Fremdrentengesetz* (FRG) berechneten Rentenansprüche stillschweigend.

Ohne Information der Versicherten und *ohne* Aufhebungsbescheid trat für diese 3. Gruppe auch das Rentenüberleitungsgesetz von 1991, SGB VI, Bd.1, in Kraft. Diese Gruppe wurde nun so behandelt, als ob sie nie in der alten Bundesrepublik gelebt hätte, was für die Betroffenen Rentenminderungen von bis zu einigen hundert Euro bedeutet.

Zwangsarbeit im Frauenzuchthaus Hoheneck: Juni 1975 bis August 1977

Verbrechen im schweren Fall – so lautete das Urteil nach §§ 100 und 213 – bedeutete für mich, schwere Arbeit in Hoheneck im ELMO-Bereich verrichten zu müssen. Im Dreischichtsystem, acht Stunden pro Schicht, mußten in Handarbeit, mit bloßen Händen, Elektromotoren mit Draht umwickelt und das Ende des Drahtes mit einer Ahle so befestigt werden, daß es sich nicht lösen konnte. Zwangsversetzt, weil ich die Norm nicht schaffte, mußte ich als nächstes bei der Firma ESDA Strumpfhosen nähen. Nach einiger Zeit bei ESDA kam ich wieder zu ELMO zurück. Für die 27 Monate Zwangsarbeit wurde mir am Tag der Entlassung aus Hoheneck ein als Legitimation geltender Entlassungsschein mit einem Eigengeld-Betrag von 417,31 M/DDR ausgehändigt. Damit startete ich – wider Willen in die DDR entlassen – in den nächsten Zwangsaufenthalt von vier Jahren acht Monaten in Ostberlin. Somit ist die Fragestellung von Dr. Christian Sachse im Titel seines Kongreßbeitrags „Zur Arbeit gezwungen – Wo blieb das Geld?" berechtigt.

In Ostberlin lebte ich mit Ehemann und Sohn sozial degradiert bis zur genehmigten Ausreise 1982 in bescheidenen finanziellen Verhältnissen. Da mein Mann noch fünf Monate länger in Haft war, mußte ich zwangsweise bis zu seiner Entlassung aus dem Strafvollzug arbeiten. Hätte ich dies nicht getan, wäre ich wieder dahin zurückgekommen, wo ich gerade herkam, sagte man mir im Arbeitsamt, bei dem ich mich nach Haftentlassung zu melden hatte. Es wäre dann der § 249 zur Anwendung gekommen – „Asoziales Verhalten". Als mein Mann aus dem Strafvollzug in Brandenburg entlassen worden war, gab ich meine Arbeitsstelle bei der Kirche auf. Laut Arbeitsamt hätte ich eigentlich eine Stelle als Reinigungskraft antreten sollen.

Auch mein Mann hatte Berufsverbot, und er begann, nachdem er vom Arbeitsamt eine Stelle in Cottbus annehmen sollte (wir wohnten in Berlin), bei der Kirche zu arbeiten. Wir lebten bis zur Genehmigung der Ausreise von 700,00 M/DDR pro Monat, die mein Mann in 45 Stunden pro Arbeitswoche verdiente. Auch in diesem Punkt hat Dr. Sachse recht, wenn er in seinen Forschungsergebnissen darauf hinweist, daß den ehemaligen politischen Häftlingen entgangene Verdienste, Sozialleistungen, Rentenpunkte u.a. erstattet werden müßten.

Für die Jahre der Haft und die zwangsverordnete Wartezeit auf Ausreise wird für mich im RÜG ein monatlicher Durchschnittswert im letzten Kalenderjahr vor Beginn der Verfolgung oder sofern dies günstiger ist, der letzten drei Kalenderjahre vor Beginn der Verfolgung errechnet. Es erfolgt keine Anrechnung als vollwertige Verdienstzeit für den vor der Haft ausgeübten Beruf. Somit gibt es Abzüge, die zu Rentenminderung führen. (Wie die Anrechnung des Berufsverbots für die fast acht Jahre erfolgt, erschließt sich mir nicht.)

Mein Sohn als „Verfolgter Schüler"

Mein Sohn besuchte von 1968 bis 1978 die polytechnische Oberschule in Berlin-Köpenick und gehörte seit der 5. Klasse ununterbrochen zu den leistungsstärksten Schülern seiner Klasse. Im folgenden schildert er seine Zeit als Sohn von Staatsfeinden bzw. Staatsverbrechern der DDR.

„Meine Eltern werden im August 1974 inhaftiert und wegen staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme und Vorbereitung zur Republikflucht zu drei Jahren bzw. drei Jahren und fünf Monaten Haft verurteilt. Zum Zeitpunkt der Inhaftierung meiner Eltern bin ich zwölf Jahre alt.

Aufgrund der politischen Inhaftierung meiner Eltern wird mir am Ende der 8. Klasse der Zugang zum Abitur auf der erweiterten Oberschule (EOS) verweigert. Am Ende der 10. Klasse wird mir die Berufsausbildung mit Abitur und damit endgültig ein Studium in der DDR verweigert. Die Entscheidung darüber wird mir mündlich vom Klassenleiter, der auch stellvertretender Schuldirektor ist, mitgeteilt: ‚Sie werden wegen Ihrer Eltern nicht zum Abitur zugelassen.'

Mehrere Versuche, eine Lehrstelle zu bekommen, scheitern. Unter anderem wird mir bei einem Vorstellungsgespräch für eine Lehre zum Facharbeiter für Nachrichtentechnik in Berlin-Schöneweide mitgeteilt, daß man mich mit meinem Zeugnis sehr gern nähme, jedoch aufgrund des politischen Hintergrunds meiner Eltern nicht könne.

Nach unendlichen Mühen ergibt sich von 1978 bis 1980 die Möglichkeit einer Ausbildung zum Mechaniker bei den Berliner TT-Bahnen. Nach der Lehre werde ich von diesem Betrieb nicht übernommen. 1980 bis 1982 finde ich eine Anstellung als Mechaniker in einem kleinen privaten Familienbetrieb. Im April 1982 erfolgt die Ausreise unserer Familie in die Bundesrepublik mit der Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft. Ich bin mittlerweile 20 Jahre alt. Die DDR-Organe blockierten meine berufliche Entwicklung acht Jahre lang.

Da unsere Familie mittellos in der Bundesrepublik ankommt, bekomme ich neben dem obligatorischen Begrüßungsgeld von 150 DM einen Ausgleich für verlorenen Hausrat (Lastenausgleich) von 400 DM und einen zinslosen Einrichtungskredit von 2000 DM. 1982 bis 1983 Fachabitur, 1983 bis 1987 Studium der Verfahrens- und Umwelttechnik (Abschluß als Dipl. Ing. FH), 1987 bis 1988 Aufbaustudium Umwelttechnik an der TU Berlin.

Mein Studium wird nach BAföG gefördert und fällt in die kurze Zeit der Förderung als Volldarlehen. Daneben erhalte ich für drei Jahre eine Aufstockung von der Otto-Benecke-Stiftung, die den Elternanteil abdecken soll. In der DDR erlittenes Unrecht wird mir in Form der Anerkennung als „Verfolgter Schüler" vom Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben in Berlin am 15.5.1997 attestiert (berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung nach BerRehaG und VwRehaG für den Verfolgungszeitraum vom 1.9.1978 bis 22.4.1982). Die Verwaltungsmaßnahme beinhaltet keinerlei Konsequenzen, auch keine finanziellen. Mein BAföG-Volldarlehen in Höhe von 44 159 DM zahle ich bis heute in monatlichen Raten von 100 Euro zurück.

Nach der Wiedervereinigung wird dem BAföG der Paragraph 60 hinzugefügt. Er regelt Ausgleichsleistungen für „Verfolgte Schüler" nach § 17 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes. Der § 60 beschränkt die Ausgleichsleistungen in Form eines BAföG-Rückzahlungserlasses jedoch ausdrücklich auf Darlehen, die nach dem 31.12.1990 ausgezahlt werden. *Durch die Stichtagsregelung des § 60 entstehen 2 Gruppen von sogenannten Verfolgten Schülern. Die Gruppe derer, die vor dem Mauerfall in der Bundesrepublik studiert haben und das BAföG-Darlehen zurückzahlen müssen, und die Gruppe derer, die nach dem Stichtag ihr Studium beginnen und von der Rückzahlung befreit sind.* Frühere Geburt, frühere Ausreise und damit frühere Inanspruchnahme von BAföG-Darlehen führen zum Ausschluß, auch wenn der gleiche Verfolgungstatbestand erfüllt ist.

Im Gesetzentwurf zum Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (2. SED-UnBerG, Drucksache 12/4994 Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, Begründung zum Artikel 5, S. 54) heißt es in Absatz 2: „Verfolgte, denen in der DDR die Durchführung einer Fach- oder Hochschulausbildung verwehrt war, soll der Eintritt in das Berufsleben ohne die Belastung durch BAföG-Schulden ermöglicht werden". Der dazu eingeführte § 60 BAföG hat mir und anderen Betroffenen diese Entlastung jedoch durch seine Stichtagsregelung bis heute verwehrt. Helmuth Wippich hat in seinem Beitrag auf dem Kongreß der UOKG mit Recht auf die ungerechte Behandlung in den Fällen der Verfolgten Schüler hingewiesen."

Resümee: Ich halte sämtliche getroffenen Regelungen in ihren Ausführungen als Behandlung der Betroffenen für eine mit rechtsstaatlichen Grundsätzen unvereinbare Vorgehensweise.

Niemand vermag zu sagen,
wie viele politische Dummheiten durch Mangel
an Geld schon verhindert worden sind.
Charles Maurice de Talleyrand

Politisch klug dagegen ist es, den Stacheldraht zu unterstützen.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,– Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo" oder „Stacheldraht-Spende".

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Zweimal Sibirien

Von Wilhelm K.H. Schmidt

Teil 2 – Von Tajschet in den Tod

Ludwig Krackes Privatunterricht nahmen wir drei Jungen sehr ernst. Wir lernten fleißig und waren diszipliniert, weil unsere Eltern voller Achtung vor Studienrat Kracke waren. Plötzlich fiel unser Lateinunterricht im August 1949 aus. Ludwig Kracke war mit anderen Männern aus Dahme und Umgebung abgeholt worden. Natürlich konnten wir Kinder die Geschehnisse nicht einordnen. Wir waren nur erschrocken, daß unser Lehrer verschwunden war. „Abgeholt" grenzt den Begriff „wiederbringen" aus. So geschah es denn, daß die Abgeholten nie oder erst nach Jahren ein Lebenszeichen an ihre Angehörigen schicken durften und nie oder erst nach Jahren zu ihren Familien zurückkehrten.

Ludwig Kracke.
Quelle: Archiv Heide Tappe

In dieser Zeit des ideologischen Umbruchs, beginnend im Laufe des Jahres 1948, hatte der Dahmer Arzt Dr. Luthardt im Geheimen für die Mitarbeit in einem Widerstandskreis gegen die stalinistische Sowjetdiktatur geworben. Dazu hatte er Männer angesprochen, von denen er annehmen konnte, daß sie entschlossen waren, der Installierung einer neuen Diktatur nicht tatenlos zuschauen zu wollen. In Gesprächen mit Zeitzeugen habe ich erfahren, daß einige Männer aus Dahme, die Dr. Luthardt für seine Widerstandsgruppe werben wollte, eine Mitarbeit abgelehnt haben. So berichtete Eckhardt Sehmsdorf, mein Mitschüler, daß auch sein Vater von Dr. Luthardt angesprochen worden war, aber ohne zu zögern seine Mitarbeit verweigert hatte. Er fand konspirative Tätigkeit gegen die Besatzungsmacht unter den gegebenen Bedingungen einfach selbstmörderisch. Auch Ludwig Kracke hat seiner Familie glaubhaft versichert, in der Widerstandsgruppe nicht mitgearbeitet zu haben.

Die sowjetischen Militärrichter unterstellten später den Verhafteten Mitgliedern der Gruppe die Kontaktaufnahme zu einem Untergrundzentrum in West-Berlin, den Aufbau illegaler Organisationen in verschiedenen Orten im Gebiet Luckenwalde mit „fähigen Leitern" und aktiven Widerständlern, um „im Falle bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR und den westlichen Staaten für einen Kampf gegen die Sowjetunion gerüstet zu sein, die Regierung in der Ostzone zu stürzen und die Macht im Zentrum und den Orten zu ergreifen". So jedenfalls ist es in den russischen Vernehmungs- und Prozeßprotokollen nachzulesen. Inwieweit diese Planungen tatsächlich Inhalt der Arbeit der Gruppierung waren oder der Phantasie der Vernehmungsoffiziere entsprangen, wird abschließend nicht geklärt werden können.

Nachgewiesen ist, daß Dr. Luthardts Argumenten: „Wenn es mit der kommunistischen Herrschaft zu Ende geht, müssen wir zuverlässige Männer haben, die ein neues Deutschland aufbauen" und „Wir wollen unserer Bevölkerung zeigen, daß sich demokratisch gesinnte Kräfte formieren, die bei einem Machtwechsel zur Stelle sind" und „Unser Ziel sind freie Wahlen", zehn bis 20 gleichgesinnte Männer aus Dahme und der Umgebung folgten. Heute würde man sie Dissidenten nennen.

Leichtsinnigerweise hatte Dr. Luthardt vor der ersten Zusammenkunft im Januar 1949 eine Namensliste der Einzuladenden zusammengestellt. Sie enthielt Namen von prominenten Dahmern, Bekannten und Skatfreunden. Offenbar stand Krackes Name auch auf der Liste. Bei einer Hausdurchsuchung fiel sie dem sowjetischen Sicherheitsdienst in die Hände. Sie wurde bei allen künftigen Strafprozessen vor dem Militärtribunal als Beweis für eine illegale Tätigkeit zum Schaden der Sowjetunion herangezogen. Luthardt selbst und einige andere der Gruppe hatten sich rechtzeitig nach West-Berlin absetzen können.

Man kann sich die Bestürzung der inhaftierten Männer vorstellen, als man sie mit dieser Liste in den Verhören konfrontierte. Daß es sich in den wenigsten Fällen um Mitglieder der Widerstandsgruppe handelte, interessierte den sowjetischen Geheimdienst vorerst nicht. Die Festgenommenen verloren, ohne daß es ihnen ausdrücklich mitgeteilt werden mußte, mit ihrer „Abholung" alle Rechte, selbst das Recht auf Aussageverweigerung. Sie konnten auf keinen Beistand hoffen, weder durch einen Rechtsanwalt noch durch Angehörige oder Freunde, weil niemand ihren Aufenthaltsort kannte. Für die Abgeholten gab es jahrelang keine Außenwelt.

Generell gehörte zur sowjetischen Verhörtechnik die Herauspressung „freiwilliger" Geständnisse. Dabei beschuldigte sich der Verhaftete selbst, unabhängig davon, ob die zugegebenen Verbrechen überhaupt möglich waren. Die Mittel, mit denen solche Aussagen erzwungen wurden, reichten von psychischem Druck über viele Arten der Demütigung bis zur brutalen physischen Gewalt. Dazu kam eine bis unter das Existenzminimum reduzierte Verpflegung. Es gab tagein tagaus das gleiche Essen, dünne, fettlose Kohlsuppen. Dazu trockenes Brot, kein Fett, keine Wurst, keine Vitamine. Diese Bedingungen minderten rasch die Widerstandskraft der Gefangenen. Wenn sie dann noch nicht bereit waren, jedes Geständnis zu unterschreiben, wurden sie in unbeheizbare winzige Betonzellen oder Kellerlöcher gestoßen, in denen sie stunden- und tagelang bei noch weiter reduzierter Nahrung ausharren mußten.

Das sowjetische Militärtribunal verurteilte am 13. Februar 1950 die Inhaftierten der Dahmer Gruppe, 19 Männer und eine Frau, in der Potsdamer Lindenstraße wegen Banditentums und Vorbereitung bzw. Organisation eines bewaffneten Aufstandes sowie Bildung einer konterrevolutionären Organisation und illegaler Gruppenbildung und Teilnahme an entsprechenden Organisationen und Mitwisserschaft.

Nach der Urteilsverkündung verharrte die Dahmer Gruppe noch monatelang in einer Sammelzelle der Potsdamer Lindenstraße und wartete auf den Abtransport nach Rußland. Was mag Ludwig Kracke in dieser Zeit durch den Kopf gegangen sein, als er vernahm, daß die Verhaftungen in Dahme auf den Verrat eines ehemaligen deutschen Wehrmachtsoffiziers zurückgegangen waren? Dieser hatte sich in die Dahmer Gruppe im Auftrag des sowjetischen Sicherheitsdienstes eingeschlichen und die Namen des „harten Kerns" seinen Auftraggebern mitgeteilt. In diesen Wochen der

Ungewißheit – Krackes Urteil lautete 25 Jahre Zwangsarbeit im sowjetischen Straflager mit verschärften Haftbedingungen – traktierte der Studienrat seine Leidensgenossen mit Russisch- und

„Immer nachts wird verhört", Julius Stürmer, Bleistift, 1982

Französisch-Lehrstunden und Morgengymnastik und lenkte durch tägliche Vorträge über historische Themen und Literaturgeschichte die Gedanken der Inhaftierten von dem Ernst der Situation, von Trübsal und Verzweiflung ab. Er sorgte mit seinen Russischkenntnissen für Hafterleichterungen und manchmal auch für eine zusätzliche Essensration für alle und bewahrte mit seiner väterlichen Art die Jüngeren vor mancher Torheit.

Nach viermonatiger Wartezeit in der Sammelzelle des Militär-Gefängnisses in der Potsdamer Lindenstraße ging es Anfang Juni 1950 in Einzelzellen eines Eisenbahngefängniswagens, getarnt als Postwaggon, mit dem Schild „Leergut" beschriftet, „auf Etappe". Die Gefangenen mußten sich auf den Boden kauern, unsichtbar für die Öffentlichkeit, bewacht von bewaffneten Posten. Auf dem Ostbahnhof wurde der Postwaggon unauffällig an einen „Blauen Expreß", wie die Transportzüge der Roten Armee genannt wurden, angekoppelt. In Brest-Litowsk wurden sie auf dem Breitspurgleis in russische Gefangenenwaggons umgeladen. Die Fahrt führte über Orscha-Smolensk und einen Zwischenaufenthalt in dem berüchtigten Hauptquartier und Zentralgefängnis Lubjanka des sowjetischen Geheimdienstes in Moskau in ein Durchgangslager in Wologda, etwa 500 km nordöstlich von Moskau. Dort wurden die deutschen Häftlinge getrennt, um sie entweder in die ostsibirischen Straflager oder in das Lagergebiet Workuta zu bringen. Für Studienrat Ludwig Kracke war das Ziel Tajschet im Oblast Irkutsk, am Schnittpunkt zweier Bahnlinien ca. 700 km westlich vom Baikalsee gelegen.

Unterwegs erkrankte Kracke. Ärztliche Hilfe gab es nicht. In Tajschet war für ihn die Fahrt zu Ende. Er wurde dort in ein Gefangenenkrankenhaus eingewiesen und kam nach gesundheitlicher Besserung in ein Invalidenlager, in dem er, ohne arbeiten zu müssen, mit anderen deutschen Kranken sein Schicksal teilte. Gemeinsam mit Ludwig Kracke kam der Mitgefangene Dr. Joachim Zirz aus der Dahmer Gruppe nach Tajschet. Zirz mußte aber bald weiter in eines der Arbeitslager im Nordosten Sibiriens. Wegen eines Fluchtversuchs wurde er zu weiteren 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Zu seinem Glück wurde er als Arzt gebraucht und durfte in Tajschet wieder in einer Krankenstation arbeiten. Als Hilfsarzt im Zentralkrankenhaus des Lagers traf er wie durch ein Wunder Ludwig Kracke wieder, der dort wegen Herz- und Kreislaufschwäche eingeliefert worden war. Trotz liebevoller Pflege durch seine Kameraden und immer auf baldige Rückkehr in die Heimat hoffend, starb Ludwig Kracke 68jähig Ende August 1952 im Zentralkrankenhaus des Tajscheter Gefangenenlagergebietes. Dr. Zirz konnte ihm gemeinsam mit zwei deutschen Gefangenen, dazu einem Japaner und einem Aserbaidschaner, denen Kracke inzwischen Deutsch-Unterricht erteilt hatte, das letzte Geleit geben. Sein Grab befindet sich auf dem Friedhof des Zentralkrankenhauses am Kilometer 141 der Bahnlinie Taischet-Lena.

Dr. Zirz ist es zu verdanken, daß Krackes Familie endlich nach vier Jahren und sechs Monaten Einzelheiten über die Zeit nach Ludwig Krackes Verhaftung, über Urteil, Deportation und Tod erfuhr. „Alle Deutschen in Sibirien, die Ihren Gatten gekannt haben, hat sein Tod sehr erschüttert. Herr Studienrat Kracke war uns allen ein sehr guter Freund und Helfer. Ich bedauere es auf das Tiefste, daß es ihm nicht mehr vergönnt ist, die Heimat, von der er im fernen Sibirien so gern und so viel sprach, wiederzusehen." Der dreiseitige handschriftliche Bericht von Zirz, vom 10. Februar 1954, 18 Monate nach Krackes Tod mit tiefem Mitgefühl geschrieben, war ein Schock für die Familie. Sie hatte Tag für Tag auf ein Lebenszeichen gehofft.

Nun mußten Frau, Tochter und Enkelkinder mit der schmerzlichen Wahrheit leben. Im Mai 1957 verließ Krackes Tochter mit ihren beiden Mädchen Dahme und ging über das damals noch offene West-Berlin in die Bundesrepublik. Äußerer Anlaß für die Flucht war eine aggressive Werbung zum Eintritt in die Partei auf ihrer Arbeitsstelle, dem Lehrerbildungsinstitut in Jüterbog. Die Ehefrau Ludwig Krackes blieb noch bis Dezember 1957 in Dahme. Als sie von einer wohlmeinenden Mitarbeiterin der Dahmer Polizeiwache vor bevorstehenden Überwachungsmaßnahmen und Ausweisentzug gewarnt wurde, verkaufte sie rasch ihre Möbel und folgte ihrer Tochter.

1995, 43 Jahre nach seinem Tod, ist Ludwig Kracke juristisch rehabilitiert worden.

(In dem 2011 vom Autor veröffentlichten Bericht „Verschworen. Verraten. Verfolgt." ging es bereits um die Gruppe aus Dahme/Mark, deren Mitglieder in die Fänge des sowjetischen Geheimdienstes gerieten. Anläßlich des 130. Geburtstages Ludwig Krackes hat der Autor den Faden noch einmal aufgenommen. Die Ergebnisse seiner weiteren Recherchen sind im obenstehenden Beitrag zusammengefaßt.)

„Wieder ein Opfer des GULag", Julius Stürmer, Bleistift, 1982

„Die muß man doch belangen!"

Ausstellungseröffnung in Chemnitz

25 Frauenschicksale standen am 17. Februar 2014 im Chemnitzer Rathaus im Fokus des Interesses bei der Ausstellungs-Eröffnung „Die Frauen von Hoheneck". Es handelt sich um aus politischen Gründen Inhaftierte des berüchtigten DDR-Frauenzuchthauses in Stollberg/Erzgebirge aus den Jahren 1950 bis 1989. Initiatorin für die Ausstellung, die vom 17. Februar bis 8. März 2014 besichtigt werden konnte, war die junge Politikerin Hanka Kliese (MdL) von der Arbeitsgruppe Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Chemnitz. „Als ich erfuhr, daß die Heinrich-Böll-Stiftung Berlin über die von Autorin Maggie Riepl und dem Fotografen Dirk von Nayhauß erarbeitete Wanderausstellung verfügt, stand für mich fest, sie unbedingt nach Sachsen holen zu müssen."

(v.l.) Barbara Ludwig, Oberbürgermeisterin von Chemnitz, Zeitzeugin Ellen Thiemann, Organisatorin Hanka Kliese.

Der Besucheransturm aufs Rathaus begann schon gegen 16 Uhr, obwohl die Eröffnung erst für 17 Uhr angesetzt war. Besonders erfreulich für die Organisatoren und deren fleißige Mitarbeiter: Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig hatte sich extra den Termin freigehalten, um einerseits die 25 beklemmenden Frauenschicksale anhand der Bildtafeln kennenzulernen. Aber auch, um meinem fast zweistündigen Zeitzeugenvortrag zu lauschen, den Hanka Kliese moderierte. „Entgegen der gern von Tätern geäußerten Forderung, man müsse die Vergangenheit ruhen lassen, haben sich erstaunlich viele Chemnitzer aufgemacht, die Ausstellung zu besuchen. Das freut uns als Veranstalterinnen außerordentlich und zeigt, daß das Interesse an der Aufarbeitung des SED-Unrechts ungebrochen ist", so die engagierte Politikerin. „Daß all die Peiniger so davongekommen sind", seufzte kopfschüttelnd eine ältere Dame. Und ein Ehepaar fügte hinzu: „Die hätten doch zur Verantwortung gezogen werden müssen. Furchtbar, was den armen Frauen angetan wurde." Auch ein jüngerer Besucher mischte sich ein: „Ich finde es wirklich lobenswert, daß diese Ausstellung und authentische Zeitzeugenberichte uns aufklären. In der Schule haben wir von solchen Methoden und den unmenschlichen Zuständen nie etwas gehört." Zum wiederholten Male bei öffentlichen Auftritten mußte ich erleben, daß man an mich und meine Leidensgefährtinnen die Forderung stellte: „Tun Sie doch etwas, daß die Täter bestraft werden, die allen so viel Leid zugefügt haben. Das kann man doch nicht einfach so unter den Teppich kehren." Der Meinung sind auch meine ehemaligen Haftkameradinnen und ich. Seit Jahrzehnten kämpfen wir für mehr Gerechtigkeit. Als ich dazu erklärte, daß ich 1992 nach Akteneinsicht bei der BStU 24 Anzeigen gegen Täter erstattet hatte, die bis auf eine alle im Sande verlaufen waren wegen „Verjährung", reagierte das Publikum fassungslos.

Viele Besucher empörten sich aber auch, als sie erfuhren, daß besonders scharfes Personal vom Frauenzuchthaus nach dem Fall der Mauer in lukrativen Positionen untergekommen ist. So wie beispielsweise die gefürchtete Barbara H., die heute im Personalrat des Sächsischen Justizministeriums in Dresden sitzt, worüber ich in meinem neuen Buch „Wo sind die Toten von Hoheneck?" berichtet hatte. „Die muß man doch belangen", schimpfte eine Besucherin lautstark, Umstehende nickten ihr bestätigend zu. Etliche erklärten bei der anschließenden Autogrammstunde – Günther Ebert von der „Buchhandlung am Brühl" bot zahlreiche politische Bücher an –, daß ehemalige Bedienstete in ihrer Nachbarschaft leben und nach wie vor ihre Verklärung der DDR zur Schau tragen.

In ihrer Moderation ging Hanka Kliese auch auf die jüngsten Themen wie Mißbrauch von Medikamenten und Psychopharmaka sowie auf die Zwangsarbeit im Dreischicht-System ein. Dazu gehörten Bettwäsche aus dem VEB Planet, Strumpfhosen von ESDA und Elektromotoren für Waschmaschinen von ELMO – alles Produkte, die in den Westen exportiert wurden. Zu den aktuellen Diskussionen über erhöhte Normen und minimalen Verdienst konnte ich anhand meiner eigenen Erlebnisse Einzelheiten ans Publikum weitergeben. Im Jahr 1973 bei ELMO eingesetzt, sollten wir jeder pro Tag 36 Motoren herstellen, schafften anfangs zwei bis drei, später etwa sieben. Die Entlohnung für einen ganzen Monat Schufterei zu meiner Zeit 1973 bis 1975: ganze drei Mark im Monat, wovon wir uns Seife, Zahncreme, Haarwaschmittel kaufen mußten. Raucher erwarben lieber eine Schachtel Salem, verzichteten auf Shampoo oder Hautcreme.

Es ist den Veranstaltern und der Hausherrin im Chemnitzer Rathaus zu wünschen, daß recht viele Besucher diese eindrucksvolle Ausstellung besichtigen. Gerade jetzt, wo endlich das Frauenzuchthaus als Gedenkstätte vom Land Sachsen und der Stadt Stollberg massiv unterstützt wird. „Ich war schon zweimal dort und habe mir dieses grauenvolle Zuchthaus angesehen", erklärte eine ältere Dame mit Tränen in den Augen, „es darf keinesfalls vergessen werden, was die Frauen dort an Diskriminierung erfahren mußten." Und Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig stellte fest: „Es ist für mich sehr berührend, das Schicksal der mutigen, manchmal verzweifelten und aufrechten Frauen vor Augen zu sehen. Ich habe die Haftanstalt in Stollberg in den 1990er Jahren als Anstaltsbeirätin kennengelernt. Mit großer Beklemmung habe ich die Stunden dort erlebt. Es ist so wichtig zu erzählen, was den politisch verfolgten Frauen in der Zeit der DDR unter unmenschlichen Haftbedingungen dort angetan wurde."

Ellen Thiemann

Salonlesung in Görne

Am 22. Februar fand die erste Salonlesung in der „Residenz" des Kulturfördervereins Mark Brandenburg im havelländischen Görne statt. Der langjährige Vorsitzende des Vereins, der hochbetagte Buchautor und Journalist Werner Bader, begrüßte mit warmherzigen Worten die interessierten Besucher und führte souverän in die erste Veranstaltung dieser Art ein.

Der Premnitzer Wilhelm K.H. Schmidt berichtete über seine spannende Reise nach dem berüchtigten Workuta, dem größten sowjetkommunistischen Straflagerkomplex Stalins nördlich des Polarkreises am Uralgebirge. In Workuta waren seit den 1930er Jahren Hunderttausende politische Häftlinge und Kriegsgefangene unter extremen Arbeits- und Lebensbedingungen erbarmungslos ausgebeutet worden. Anfangs ohne Verkehrsanbindung, nur auf Flüssen oder zu Fuß zu erreichen, wurden die Gefangenen dorthin getrieben, mußten die Häftlinge unter unvorstellbaren Bedingungen eine 1000 km lange Bahnstrecke bauen. „Unter jeder Schwelle liegt ein Toter", sagten Überlebende. Die meisten der aus dem sowjetischen Machtbereich nach Workuta deportierten Menschen schufteten in Steinkohlegruben. Im Sommer 1953, nach Stalins Tod, organisierten Ukrainer und Balten in allen Schächten einen Streik, mit dem sie bessere Arbeits- und Lebensbedingungen durchsetzen wollten. In allen Schächten ruhte die Arbeit, die Kohle wurde im Lande knapp. Am 1. August 1953 wurde der Streik, dem sich auch die Gefangenen aus der DDR angeschlossen hatten, von NKWD-Truppen blutig niedergeschlagen.

Um dieses Tages zu gedenken, hatte sich der Referent einer Delegation ehemaliger Gefangener, deren Angehöriger, Historiker, Filmer und Offizieller angeschlossen. Mit eigenen Augen zu sehen, worüber er in seinen Büchern „Verschworen. Verraten. Verfolgt." und „Abseits im Strafraum" berichtet hat, war ihm ein dringendes Anliegen. Mit interessanten Informationen und ausgewählten Fotos gab er nun seine Eindrücke wieder.

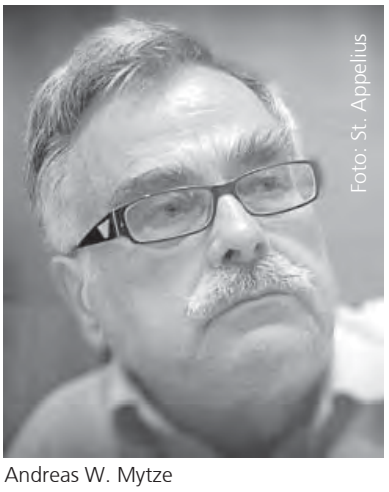
Nach einer Kaffeepause in gemütlicher Atmosphäre wurde die Veranstaltung mit einer lebhaften Diskussion, die Besucher durch Schilderungen von Schicksalen aus der sowjetkommunistischen Ära bereicherten, fortgesetzt. Ein freundliches Machtwort des Hausherrn beendete das Programm. Die bekannte Berliner Fotografin und Autorin Christel Wollmann-Fiedler, mit Werner Bader durch gemeinsame Arbeiten über Theodor Fontane verbunden, beurteilte die Veranstaltung so:

„Hochinteressantes und sehr Spannendes hörten wir heute über Workuta in Görne. Gerne habe ich zugehört und bin froh, doch noch in meiner großen Hektik nach dort gefahren zu sein."

Ingrid Bargel

Wilhelm K.H. Schmidt bei seinem Vortrag in Görne

Der Helfer aus dem Westen



Andreas W. Mytze

Als Robert Havemann im August 1976 die Aufhebung aller Verbote gegen das öffentliche Auftreten bestimmter Personen in der DDR, die Zulassung mehrerer Bewerber für jedes Volkskammer-Mandat und die Herabsetzung der Altersgrenze für Westreisen forderte, bediente sich der prominente Regimekritiker einer kleinen aber feinen Literaturzeitschrift namens „Europäische Ideen", die drei Jahre zuvor in West-Berlin entstanden war. Die bis heute existierenden „Europäischen Ideen" waren damals eines der wichtigsten Sprachrohre für Regimekritiker aus der DDR. Ob Robert Havemann, Jürgen Fuchs oder Wolf Biermann – am Verleger der „Europäischen Ideen", dem damals in West-Berlin lebenden Theaterwissenschaftler und Germanisten Andreas W. Mytze, kam niemand vorbei. Mit seiner zu Beginn der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) entstandenen Zeitschrift übte Mytze deutliche Kritik an den Verhältnissen in der DDR. Er zählte im November 1976 zu den letzten westlichen Journalisten, die mit Robert Havemann sprechen durften – bevor ihn die Staatssicherheit mit einem Einreiseverbot belegte. Mehr als einmal hatte Mytze die Sicherheitsorgane des Arbeiter- und Bauernstaates geärgert, als er beispielsweise zahlreichen DDR-Schriftstellern Telegramme sandte, um sie über Anschrift und Sprechzeiten des ostdeutschen Militärstaatsanwalts zu informieren, der für den Schriftsteller und Bürgerrechtler Jürgen Fuchs zuständig war, den man Ende 1976 wegen „staatsfeindlicher Hetze" einsperrte.

Und damit nicht genug: In Radio-Interviews mit dem Norddeutschen Rundfunk, dem Deutschlandfunk und der BBC forderte Mytze damals zur Solidarisierung mit dem gerade ausgebürgerten Wolf Biermann und dem in DDR-Haft einsitzenden Jürgen Fuchs auf. Ein paar Monate später wandte sich Mytze in einem Offenen Brief – den er allen wichtigen westlichen Nachrichtenagenturen zugänglich machte – an den DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker, um die unverzügliche Freilassung von Jürgen Fuchs zu erreichen. Im selben Jahr, 1977, erschienen die „Europäischen Ideen" mit einem von Siegmar Faust redigierten „Sonderheft Biermann". Es enthielt Beiträge von Heinrich Böll, dem Literaturkritiker Heinrich Vormweg und Hans Habe – um nur die wichtigsten Namen zu nennen. Am 19. April ist der 1944 im sächsischen Riesa geborene Andreas W. Mytze, der seit vielen Jahren in London lebt, 70 Jahre alt geworden.

Stefan Appelius

(Prof.Dr. Stefan Appelius ist Politikwissenschaftler und Hochschullehrer.)

Luckauer Hafterfahrungen

Zu einer Tagung trafen sich vom 14. bis 16. März ca. 40 Mitglieder und Sympathisanten der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 unter Leitung ihres Vorsitzenden, Joachim Krüger, in der Stadt Luckau. Hintergrund dafür ist die Tatsache, daß nach der Auflösung des Speziallagers Nr. 7/Nr. 1 in Sachsenhausen im Jahre 1950 u.a. 800 Gefangene in die DDR-Strafanstalt Luckau überstellt wurden. Im Gedenken an die dort Umgekommenen, aber auch an die grausamen Haftbedingungen, denen die Häftlinge unterworfen waren, gibt es eine Gedenktafel an der Luckauer Stadtmauer, an der regelmäßig Blumen niedergelegt und der Opfer gedacht wird.

Gedenkrede des ehemaligen Häftlings Dr. Hans-Curt von Pannwitz (r.), daneben Gerald Lehmann und Joachim Krüger (l.).

Während des Seminars am ersten Tag informierte der Luckauer Bürgermeister i.R., Harry Müller, über die wechselhafte Stadtgeschichte Luckaus und seiner Haftanstalt. Am nächsten Vormittag ermöglichte die Leiterin des Niederlausitz-Museums, Frau Tuček, nach einem Einführungsvortrag die Sonderführung unserer Mitglieder und Freunde: In einer Etage des zentralen Gebäudes, der früheren Dominikaner-Klosterkirche, in dem heute das Museum und weitere kulturelle Einrichtungen untergebracht sind, wurde ein Zellentrakt belassen, um die verschiedenen Gefängnisphasen mehrerer Jahrhunderte zu dokumentieren. Hierzu gehören auch die Zeit der Weimarer Republik, der Nazi-Zeit und natürlich die 1950er Jahre, in deren erster Hälfte die Sachsenhausener dort einsitzen mußten. In den weitgehend im historischen Zustand belassenen Zellen befinden sich beispielhafte Lebensläufe und Haftzeugnisse, z. B. von Werner Adermann und Günter Schönherr, sowie Kopien einiger besonders eindrucksvoller Zeichnungen von Wilhelm Sprick.

Nachmittags in einer Podiumsdiskussion im restaurierten Chor der Klosterkirche, eingeleitet und zusammengefaßt von Joachim Krüger, berichteten unter der Moderation des Vorstandsmitglieds Reinhard Klaus drei damals in Luckau inhaftierte ehemalige Sachsenhausener – Jakob Bittermann, Günter Schönherr und Rolf Schröder – über ihre schrecklichen Hafterfahrungen, die von völliger Willkür und Rechtlosigkeit gekennzeichnet waren. Harry Müller schilderte die Aufarbeitung dieser Ereignisse in den zwei Jahrzehnten nach der Wende, in denen er Bürgermeister der Stadt war. Im Anschluß fand eine sehr interessante Diskussion statt, an der sich auch Luckauer Bürgerinnen und Bürger beteiligten.

Schließlich wurden am dritten Tag nach einem Gottesdienst in der St.-Nikolai-Kirche im Rahmen einer Gedenkstunde vor der Gedenktafel an der Stadtmauer Kränze niedergelegt, wobei Joachim Krüger, der derzeitige Luckauer Bürgermeister Gerald Lehmann sowie der Zeitzeuge und ehemalige Häftling Dr. Hans-Curt von Pannwitz mahnende Worte fanden, die damaligen Ereignisse nicht zu verdrängen bzw. zu vergessen und statt dessen an die nachfolgenden Generationen als Vermächtnis gegen Willkür und Diktatur weiterzugeben.

Joachim Krüger

Abschrecken und Einschüchtern

Die Rostocker Volkshochschule widmete sich am 20. März 2014 in einer leider nur gering besuchten Veranstaltung den kommunistischen Schauprozessen gegen die beiden sozialdemokratischen Rostocker Stadträte Hans Griem und Martin Müller. Der Autor der Publikation „Im Zweifel gegen die Angeklagten: Die Schauprozesse gegen die Rostocker Stadträte Hans Griem und Martin Müller", Dr. Ingo Sens, legte an diesem Abend dar, wie die beiden Politiker ins Visier der kommunistischen Machthaber gerieten.

Sens, Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Rostock, verband die Darstellung mit allgemeingültigen Informationen über das Wesen kommunistischer Schauprozesse. Diese dienten durch ihre Inszenierungen und die öffentliche Bekanntgabe der Strafgründe von „Delinquenten" und „Abweichlern" der Abschreckung und Einschüchterung. Mit Hilfe von Schauprozessen sollten Widersacher ausgeschaltet und die eigene Macht gefestigt und ausgebaut werden. Ihre Urteile standen immer bereits im Vorfeld fest, und sie unterlagen keiner rechtsstaatlichen Kontrolle.

Sowohl Hans Griem, Stadtrat für Handel und Versorgung in den Nachkriegsjahren, als auch Martin Müller, der kurz nach dem Krieg den Bereich Energieversorgung und Verkehr verantwortete, gehörten zum engsten Kreis um den populären Rostocker Bürgermeister Albert Schulz. Griem schaffte es mit herausragendem Erfolg, die Versorgung der Rostocker Bevölkerung mit Lebensmitteln unmittelbar nach dem Krieg zu sichern. Müller war entscheidend verantwortlich für den Wiederaufbau einer stabilen, funktionierenden Energieversorgung in der Stadt. Beide Politiker waren den Kommunisten als Vertreter einer historisch starken Sozialdemokratie in Rostock aufgrund ihres erfolgreichen, wirtschaftsnahen Handelns und ihres politischen Agierens schnell ein Dorn im Auge. Sie wurden aufgrund von konstruierten Anklagen, die auf nicht haltbaren Vorwürfen beruhten, zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. So unterstellte man dem Stadtrat Griem u.a., er habe Mehl gestohlen, und dem Politiker Müller wurde zur Last gelegt, er habe sich persönlich bereichert und illegal agiert, um seine Erfolge zu erzielen. In beiden Fällen handelte es sich um vorgeschobene, konstruierte Gründe, die einer wirklichen Grundlage entbehrten. Sie dienten allein dazu, unliebsame „Abweichler" und Widersacher auszuschalten.

Ingo Sens, der mit dem 2009 erschienenen Buch die Ergebnisse seiner Archivrecherchen darstellt, ist mit seinem Anliegen einer politischen Rehabilitierung der beiden Stadträte bisher beim Justizministerium in Schwerin und bei der Stadt Rostock auf wenig Interesse gestoßen. Der Historiker plädiert u.a. für eine Würdigung dieser Politiker durch die Umbenennung von Straßen in Rostock. Die besondere historische Leistung Hans Griems besteht im schnellen Aufbau der Organisation einer funktionierenden Versorgung der Rostocker Bevölkerung mit Lebensmitteln nach dem Krieg und somit der Verhinderung einer Hungersnot. Martin Müller engagierte sich gegen die nach dem Krieg einsetzende kommunistische Zentralisierung der Wirtschaft, er erwarb sich bleibende Verdienste beim Aufbau der Rostocker Energiewirtschaft.

Jörg Plath

Mahnmal – wohin?

Am 26. März fand mit sehr guter Zuschauerresonanz die Podiumsdiskussion „Wieviel Geschichte (v)erträgt Berlin? – Ideen für die Gestaltung eines zentralen Mahnmals für die Opfer des Kommunismus in Deutschland" statt, veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft e.V., der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Initiative Mahnmal der UOKG. In diesem Rahmen wurden auch die drei besten Entwürfe des von der Bundesstiftung Aufarbeitung ausgelobten studentischen Gestaltungswettbewerbs „geschichtscodes" 2013 zum Thema „Entwurf für ein Denkmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur in der SBZ und DDR" vorgestellt.

Der Siegerentwurf sieht einen Kubus, eine Art "Black Box", direkt neben der Thälmann-Büste im Ernst-Thälmann-Park vor. Akustisch sollen Stimmen aus dem Kubus vernehmbar sein, die verschiedene Opfergruppen symbolisieren. Die enge räumliche Konfrontation mit der Thälmann-Büste versinnbildlicht das System der politischen Repression, das Menschen zu Opfern machte. Mag dies auch ein künstlerisch interessanter Entwurf sein, so äußerte sich doch Kritik am zentrumsfernen Standort. In der Diskussion meinte ein ehemals politisch Verfolgter zudem, es sei den Opfern nicht zuzumuten, an einem solchen Ort, nahe dem Thälmann-Denkmal, ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus zu errichten. Der Entwurf auf dem zweiten Platz sieht ein Gestaltungsensemble am heutigen Marx-Engels-Forum vor. Empfindliche Pflanzungen, die viel Pflege und sorgsamen Umgang erfordern, stehen dabei als ein Teilelement metaphernhaft für die stetig notwendige Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit über die Diktatur in SBZ und DDR. Der dritte Entwurf ist in der Karl-Marx-Allee angesiedelt. Auf dem Mittelstreifen zwischen den stark frequentierten Fahrbahnen sollen auf einem langen Abschnitt zwei parallel verlaufende, hohe Wände entstehen. Auf deren Innenseiten werden Informationen über Opfergruppen und Repression in der SBZ/DDR zu finden sein. Der Besucher wird sich beim Gang durch das Mahnmal bedrängt von den Geräuschen des Straßenverkehrs, aber räumlich abgeschirmt und durch das parallele Wändesystem geleitet, intensiv mit dem Geschilderten auseinandersetzen müssen. Auch dieser Entwurf traf teilweise auf Kritik, weil der Standort zu weit entfernt vom Zentrum sei. Außerhalb des Wettbewerbs präsentierte der Künstler und ehemalige politische Häftling Gino Kuhn einen am Spreebogen angesiedelten Entwurf. Ein möglicher Standort Spreebogen in unmittelbarer Nähe zu den Regierungsbauten fand Zustimmung.

In der anschließenden Podiumsdiskussion signalisierten sowohl Dr. Philipp Lengsfeld (Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) als auch Hiltrud Lotze (stellvertretende kulturpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion) generelle Zustimmung bezüglich der Notwendigkeit der Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus. Ehe man in die breite Öffentlichkeit gehe, müßten zunächst aber noch einige Fragen geklärt werden, z.B., ob der Standort unbedingt ein historisch-authentischer sein müsse und an wen sich das Mahnmal richte. Stehe das Gedenken und Trauern um die Opfer im Mittelpunkt oder die Aufklärung nachwachsender Generationen? Neben den politischen Akteuren plädierte auch Florian Mausbach, Initiator des Freiheits- und Einheitsdenkmals, dafür, erst die Öffentlichkeit zu suchen, wenn ein umfassendes und klares Konzept vorhanden sei. Man gefährde sonst die Chancen einer Realisierung des Mahnmalprojekts.

Über das Mahnmal diskutierten im Podium u.a. (v.l.) Hiltrud Lotze, Dr. Philipp Lengsfeld und Sabine Weißler, Bezirksstadträtin in Berlin-Mitte.

Carola Schulze

Unterstützung für Initiative Mahnmal

Prag, Budapest, Moskau, Sofia – nicht nur in diesen vier Städten gibt es zentrale Denk- und Mahnmale für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Der Kommunismus hat im letzten Jahrhundert weltweit Millionen von Menschen unterjocht und zerstört. Viele Staaten in Ost- und Mitteleuropa gedenken dieser Opfer durch zentrale Mahnmale.

Wir fordern auch in Berlin einen solchen Ort!

Wenn Sie die Initiative der UOKG für ein zentrales Mahnmal unterstützen möchten, unterschreiben Sie auf unserer Unterschriftenliste und sammeln Sie auch in Ihrem Bekanntenkreis Unterschriften – wir benötigen zahlreiche Stimmen, die die Initiative Mahnmal mit Nachdruck unterstützen.

Listen können angefordert werden bei: E-Mail Mahnmal@uokg.de oder per Post UOKG/Initiative Mahnmal, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Schnelle Entscheidungen der Koalition gefordert

(hb) Die Mitglieder und Verbände der im Niedersächsischen Netzwerk zusammengeschlossenen SED- und Stasiopfer haben sich dafür ausgesprochen, daß die Parteien der großen Koalition die im Koalitionsvertrag festgelegten Verbesserungen für die Opfer der zweiten deutschen Diktatur sehr schnell umsetzen sollten.

Ihr Sprecher, der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Büttner, wünscht mit Blick auf das hohe Alter vieler SED-Opfer, daß sich die Koalition beeilen möge, damit die Betroffenen die zugesagten Leistungsverbesserungen auch noch erleben können.

Dies gelte sowohl für verbesserte Leistungen bei der sogenannten Opferrente, als auch für die immer noch ungelöste Frage einer verbesserten medizinischen Begutachtung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden. Einige Opfer warteten nun bereits seit über 20 Jahren auf positive Bescheide. Hier seien besonders die Bundesländer gefordert. Erforderlich sind vor allem befähigte Gutachter, welche neben den medizinischen auch über die nötigen geschichtspolitischen und DDR-spezifischen Kenntnisse verfügen.

Die Mitglieder des Niedersächsischen Netzwerkes trafen im Grenzdurchgangslager Friedland zusammen und informierten sich dabei auch über seine wechselvolle Geschichte. Mehr als vier Millionen Vertriebene, Flüchtlinge und Verfolgte sind im Lauf der letzten 70 Jahre durch das Lager gegangen. Obwohl andere Aufnahmestätten für Flüchtlinge und Freigekaufte aus der ehemaligen DDR stärker genutzt worden sind, gab es unter den Netzwerksmitgliedern auch einige, die Friedland als ersten Ort in der Freiheit angetroffen haben. Diese erhalten nun die Chance, daß ihre bedrückende Geschichte in einem speziellen Zeitzeugenportal eines künftigen Museums Friedland aufgenommen wird.

Beratung in Niedersachsen

Niedersachsen hat eine eigene Beratungsstelle für Opfer der SBZ/DDR-Diktatur eingerichtet. Zahlreiche Opfer der DDR-Diktatur leben in Niedersachsen. Um möglichst viele Menschen persönlich zu erreichen, bietet das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport auch in diesem Jahr wieder Beratungstage für Verfolgte der SBZ/DDR in verschiedenen Städten an.

Die Beratungen finden in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Sachsen-Anhalt statt. Es werden auch Vertreter der in Niedersachsen organisierten Opferverbände bzw. des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasi-Opfer als selbst Betroffene an den Beratungen teilnehmen, um mit ihrer Fachkompetenz die Veranstaltung zu unterstützen.

Die Beratungstage werden in diesem Jahr stattfinden am:

Dienstag, 13. Mai 2014, 9.30 bis 15.30 Uhr, Kreishaus 7, Raum 14 (EG, barrierefrei erreichbar), Conringstr. 27–30, 38350 Helmstedt

Dienstag, 14. Oktober 2014, 9.30 bis 15.30 Uhr, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal (Raum 1 H 9, barrierefrei erreichbar), Süntelstr. 9, 31785 Hameln

Interessenten können sich ohne Voranmeldung u.a. über die bestehenden Rehabilitierungsmöglichkeiten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen informieren.

Anträge auf Rehabilitierung können noch bis zum 31. Dezember 2019 gestellt werden. Telefonische Rückfragen sind während der Sprechzeiten an den jeweiligen Beratungstagen unter den Telefonnummern (053 51) 121-22 70 (Landkreis Helmstedt) und (05 151) 903-33 99 (Landkreis Hameln-Pyrmont) möglich.

Es besteht auch die Möglichkeit, Anträge auf Einsichtnahme in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gegen Vorlage des Personalausweises zu stellen bzw. sich zur Antragstellung beraten zu lassen.

Klaus Bittner
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport

Totenbuch für das sowjetische Speziallager Nr. 5 Ketschendorf

(ek) 4741 Menschen kamen im Lager Ketschendorf ums Leben. Fast alle sind in Massengräbern nahe der Autobahn verscharrt worden. Wer waren sie? Wie waren ihre Namen? Woher kamen sie? Eine Antwort auf diese Fragen gibt das nach jetzigem wissenschaftlichem Kenntnisstand erarbeitete Totenbuch. Es wird von der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf herausgegeben und im Herbst gedruckt vorliegen.

Das von der sowjetischen Besatzungsmacht schon Ende April 1945 in der Arbeitersiedlung der Deutschen Kabelwerke (jetzt Reifenwerksiedlung Fürstenwalde-Süd) eingerichtete Internierungslager bestand bis Februar/März 1947. Mehr als 10 000 Menschen im Alter von 12 bis 72 wurden hier interniert. Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder. 4741 überlebten die Lagerzeit nicht. Die Angehörigen erfuhren in der Regel nichts von ihrem Verbleib.

Nach der Auflösung des Lagers sollte in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR nichts mehr an das Lager erinnern. Den Überlebenden war es bei Androhung von Strafe verboten, über das Lager, die Lebensbedingungen dort und die Toten zu reden.

Als man in der Reifenwerksiedlung nahe der Autobahn bei Bauarbeiten 1952/53 auf die Massengräber stieß, wurden die Toten unter strenger Geheimhaltung exhumiert, nach Halbe gebracht und dort anonym vergraben. Auf den Grabplatten stand „Unbekannt + April 1945".

Als nach der Friedlichen Revolution die Russische Föderation die Akten freigab, konnten die Namen nach und nach ermittelt werden. Seit 2004 erinnern auf dem Waldfriedhof Halbe Steintafeln mit 4621 Namen an die Toten des Lagers. Die dort vorhandenen Angaben werden mit dem Totenbuch ergänzt und, wo erforderlich, korrigiert.

Der Historiker Dr. Andreas Weigelt hat die wissenschaftlichen Recherchen durchgeführt und das Totenbuch erarbeitet, welches am 13. Mai 2014 um 19.00 Uhr bei der Veranstaltung „Treff im Dom" in Fürstenwalde erstmals vorgestellt wird.

Gedenkveranstaltung Ketschendorf

Die Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf lädt ein zu ihrer 25. Gedenkveranstaltung am 16. und 17. Mai 2014.

Am Freitag, dem 16. Mai, gedenken wir um 13.00 Uhr auf dem Waldfriedhof in Halbe der Toten des Internierungslagers. Für die Fahrt nach Halbe steht ein Bus zur Verfügung. Abfahrt: 11.30 Uhr ab Bahnhof Fürstenwalde, 11.35 Uhr ab Hotel Kaiserhof.

Am Freitag ist die Geschäftsstelle des Vereins (Fürstenwalde, Frankfurter Str. 4, Tel. 033 61 – 30 78 73) von 16.30 bis 18.00 Uhr geöffnet. Der Vorstand lädt ein zum Gespräch und Informationsaustausch bei Kaffee und Kuchen.

Sonnabend, 17. Mai, 11.00 Uhr: ökumenischer Gottesdienst in der Martin-Luther-Kirche Fürstenwalde-Süd, Schillerstraße; Fortsetzung der Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte in der Reifenwerksiedlung, Platz des Gedenkens (An der Autobahn) mit Gruß- und Gedenkworten sowie dem Niederlegen von Blumengebinden.

Am 8. Mai 1990 fand die erste Gedenkveranstaltung in der Reifenwerksiedlung statt. Mehr als 2000 Menschen kamen aus nah und fern, um der Opfer des Lagers zu gedenken und Freunde und Weggefährten der Lagerzeit zu treffen. Bei der 25. Gedenkveranstaltung wird das Totenbuch für das Internierungslager vorgestellt (s. Beitrag links).

Eckhard Fichtmüller,
Vorsitzender

Spendenaufruf 2/2014

(eo) Im Spendenaufruf der vorigen Ausgabe heißt es, daß Spendenbescheinigungen für Beträge über 100 Euro ausgestellt werden, was auch erfolgt, wenn die Anschrift des Spenders mit der Gutschrift angegeben wurde.

In den meisten Fällen gibt die Bank bei Gutschriften nur den Namen des Spenders an; mehrere Bitten um weitere Angaben, insbesondere Anschriften, blieben erfolglos.

Aus diesem Grund sollten Spender von 100 Euro und höher, die eine Spendenbescheinigung erhalten möchten, ihre Anschrift schicken an die: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Germanenstr. 36, 53859 Niederkassel oder per Mail an ewald.ott@t-online.de.

Bautzen-Treffen 2014

(bk)Das Bautzen-Komitee lädt ganz herzlich zum alljährlichen Bautzen-Treffen ein. Es findet am **7. Mai 2014,** diesmal im Restaurant „Lusatia", Löbauer Straße 26, in Bautzen statt. Die Eröffnung dieses Treffens ist um 10.00 Uhr.

Um 8.00 Uhr kann zuvor wieder die JVA („Gelbes Elend") besucht werden. Wer am Rundgang teilnehmen möchte, wird gebeten, schnellstmöglich der Geschäftsstelle des Bautzen-Komitees, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen, folgende Daten schriftlich mitzuteilen: Name, Vorname, Geburtsdatum, Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Wohnort sowie Nummer des bei dem Rundgang mitgeführten Personaldokuments.

Um 16.30 Uhr findet in der Gedenkkapelle auf dem Karnickelberg ein ökumenischer Gottesdienst mit anschließender Kranzniederlegung statt.

Workutaner

(hs) Die Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion veranstaltet vom 30. Mai bis 1. Juni im Schloßhotel Karlsruhe ihre Jahrestagung 2014. Das Thema heißt diesmal: „Die Frauen im GULag". Hauptreferent wird Dr. Meinhard Stark sein.

Suchanzeigen

Fernsehteam sucht Zeitzeugen

Für eine Fernsehreportage werden Zeitzeugen gesucht, die am 21. bzw. 22. August 1989 über Ungarn in die Bundesrepublik geflüchtet sind und dabei für den Film „Langer Weg zurück in die Heimat" des ungarischen Filmemachers Ferenc Talvaly gefilmt wurden. Die Reise begann im Flüchtlingslager der Malteser in Budapest und führte über Csorna und Sopron bis nach Klingenbach in Österreich. Wir würden gern diese Flüchtlinge von damals heute wiedertreffen und fragen, wie es ihnen geht und was sie über die ereignisreiche Zeit denken. Kontakt: peter.schubert@mdr.de

Peter Schubert, mdr

Suizid in Hoheneck

Im November 1984 nahm sich die damals 36 Jahre alte Ulla K. im Zuchthaus Hoheneck das Leben. Das berichteten Ende 1984 mehrere Zeitungen im Westen. Gemeinsam waren sie und ihr Ehemann wegen „staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme" zu jeweils vier Jahren verurteilt worden.

Die Tat geschah offenbar aus Verzweiflung, weil sie nicht freigekauft worden war. Wer kann sich an den erschütternden Vorgang erinnern? Wer weiß, was aus ihrem Mann geworden ist, der im Zuchthaus Cottbus eingesessen haben soll? Informationen bitte an: tomas.kittan@bz.de

Betroffene gesucht

Für ein Medienprojekt suche ich Diktaturbetroffene – Opfer von Haft, Zersetzung, Gewalt, beruflicher Benachteiligung usw. –, die bereit sind, über ihr Leben zu erzählen. Ich bin Publizist. Bitte melden Sie sich unter meinen Kontaktdaten. Ich werde mich mit Ihnen in Verbindung setzen.

Jörg Plath, PF 10 11 84, 18002 Rostock, E-Mail directlytome@live.com

Zwangsarbeit Reichsbahn

Für den Deutschlandfunk berichte ich immer wieder über politische Haft in der DDR und ihre Folgen. Nun möchte ich die Entschädigung von Haft-Zwangsarbeit zum Thema machen und suche Zeitzeugen, die für die Reichsbahn arbeiten mußten. Ich würde mich sehr freuen, wenn sich jemand findet, der mir seine Erfahrungen erzählt. Meine E-Mail-Adresse: Fannrich@gmx.de

Isabel Fannrich-Lautenschläger

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau"

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Noch einmal: Ehemalige Flüchtlinge

In der vorigen Ausgabe wurden von der Gemeinde Deutschkreutz (Österreich) ehemalige Flüchtlinge gesucht, die 1989 nach Deutschkreutz kamen. Der Termin des Wiedersehens mit ihnen ist inzwischen konkretisiert: 15. bis 17. August 2014 in Deutschkreutz. Die Auffindung der Betroffenen gestaltet sich z.Z. noch schwierig. Deshalb: Jede Adressenangabe von Flüchtlingen, auch von jenen, die selbst nicht teilnehmen werden aber wiederum andere Flüchtlinge kennen, trägt zum Gelingen der Veranstaltung bei.

Kontakt: Gemeinde Deutschkreutz, Renate Neubauer oder Frau Plattensteiner, A-7301 Deutschkreutz, Hauptstraße 79, Österreich, Tel. (00 43) 2613/80203-0, E-Mail post@deutschkreutz.bgld.gv.at (Anmeldung bitte bis 30. Juni)

Wer war dabei?

Dieses Foto wurde nach dem Mauerfall vor der Kanzlei von Anwalt Dr. Wolfgang Vogel in Lichtenberg gemacht. Neben ihm stehen ehemalige Mandanten, die sich bei ihm für sein Engagement beim Freikauf bedanken wollten. Wer weiß mehr von diesem Treffen? Wer sind die Politischen, die hier zum Schutz ihrer Person geschwärzt wurden? Hinweise bitte an Dr. Tomas Kittan unter tomas.kittan@bz.de. Quelle: Kittan

Der Moorfrosch und die Mauertoten

Buch über einen untergegangenen Staat

Im ehemaligen Ostberlin, der einstigen DDR-Hauptstadt, gibt es seit Mauerfall und Wiedervereinigung ein rundes Dutzend DDR-Nostalgie-Verlage, in deren Buchveröffentlichungen der 1989/90 untergegangene SED-Staat ausgiebig gefeiert und verklärt wird. Das jüngste Beispiel ist eine reich bebilderte Ideologiefibel von 144 Seiten, die unter dem Titel „Da war ein Land, das du nicht kennst" im Eulenspiegel-Verlag erschienen ist.

Der Titel soll den unbedarften Leser, der die Grausamkeit deutscher Zweistaatlichkeit nicht mehr erlebt hat, darauf aufmerksam machen, daß er etwas versäumt hat, was für sein Leben wichtig gewesen wäre: den zweiten deutschen Staat 1949/89, der so ganz anders gewesen wäre als der westdeutsche und der vom „Kapitalismus" ausgelöscht wurde! Da wird in 79 Kapiteln ein „Kaleidoskop der DDR" (Untertitel) angeboten, die es in dieser Form nie gegeben hat. Wir erfahren von „50 Dingen, die anders hießen" als „im Westen". So wurde das Brathähnchen „Broiler" genannt, die Jeans „Nietenhosen", der DDR-Spion „Kundschafter". Das war, man weiß es, wenn man Verwandte besuchte, gewöhnungsbedürftig, zu Verständigungsschwierigkeiten der Deutschen untereinander hat es freilich nie geführt. Weiterhin erfährt man, daß die erste Jugendweihe am 27. März 1955 in Berlin stattgefunden hat, der erste Intershop ist schon am 1. August 1955 in Rostock eröffnet worden, der erste „Trabant" ist in Zwickau am 7. November 1957 vom Band gelaufen, die Kindersendung „Sandmännchen" mit „Pittiplatsch" und „Schnatterinchen" hat am 22. November 1959 ihren ersten Auftritt im Adlershofer Fernsehen gehabt. Und schließlich liest man – erstaunt darüber, das Ereignis, das dem SED-Staat am 9. November 1989 ein schmähliches Ende bereitet hat, in diesem Buch verzeichnet zu finden –, daß die erste Montagsdemonstration in Leipzig am 4. September 1989 stattgefunden hat.

Da war ein Land, das du nicht kennst. Ein Kaleidoskop der DDR, Eulenspiegel-Verlag, Berlin 2013, 144 Seiten, 15,99 €

Wie das?, denkt man kopfschüttelnd. Wieso wird in diesem so überaus DDR-freundlichen Buch eines Ereignisses gedacht, das diesen Staat vernichtet hat? Es sind hier nämlich nicht nur die von Engstirnigkeit triefenden „Zehn Gebote der sozialistischen Moral" abgedruckt, die Oberkommunist Moses Ulbricht auf dem V. SED-Parteitag im Sommer 1958 verkündete, sondern es werden auch zehn gelungene DDR-Fluchten aufgezählt: unmittelbar nach dem Mauerbau 1961 mit der Eisenbahn, mit dem Heißluftballon im Sommer 1979, im selbstgebauten Unterseeboot 1968 nach Dänemark, in selbstgeschneiderter Sowjetuniform 1962 durchs Brandenburger Tor, durch den von Westberliner Studenten gegrabenen Fluchttunnel im Herbst 1964. Spätestens hier spürt der Leser einen Schauder über den Rücken laufen: Über eine gelungene Flucht konnte sich allenfalls der DDR-Flüchtling freuen, der unverletzt, erschöpft und glücklich im Westen ankam, aber doch nicht die DDR-Verklärer von heute. Die Büchermacher des Verlags, verantwortlich sind Karoline Grunske und Verlagsleiter Frank Schumann, schrecken nicht davor zurück, die mit Lebensgefahr verbundenen Fluchten aus dem SED-Staat, die unter Strafe standen und als Delikt „Republikflucht" verfolgt wurden, für sich zu reklamieren und auf der Haben-Seite ihres DDR-Buchs zu verbuchen.

Dieser Zynismus wird noch eine Stufe höher getrieben, denn man findet auch jeweils eine Liste von zehn verbotenen DDR-Filmen und zehn verbotenen DDR-Büchern. Darf man erfahren, wer und warum Franz Vogels Film „Denk bloß nicht, ich heule" verbot und wer 1966 Frank Beyers Film „Spur der Steine", dessen Romanvorlage von Erik Neutsch unverboten blieb? Darf man heute nachfragen, warum Manfred Bielers (1934-2002) Roman „Maria Morzeck oder Das Kaninchen bin ich" (1969) nur in München erscheinen durfte und der schon 1965 nach dem Manuskript von Kurt Maetzig gedrehte DEFA-Film nie gezeigt wurde? Der Autor ist daraufhin nach Prag emigriert und von dort im Sommer 1968, als die Truppen des „Warschauer Pakts" die Stadt besetzten, nach München. Uwe Johnsons Roman „Mutmaßungen über Jakob" (1959) erschien nur in Frankfurt/Main, Stefan Heyms Roman über den Volksaufstand von 1953 „Fünf Tage im Juni" (1974) nur in München, Reiner Kunzes die grausame DDR-Alltagswirklichkeit beschreibende Prosatexte „Die wunderbaren Jahre" (1976) nur in Frankfurt/Main, wie auch Monika Marons Roman über die Umweltverschmutzung in Bitterfeld „Flugasche" (1981).

Hinter diesen und weiteren verbotenen Büchern, an denen Jahre hindurch gearbeitet wurde, immer mit der Angst im Kopf, das Manuskript könnte doch noch von der unerbittlichen Zensur abgelehnt werden, stehen unglaubliche Schriftstellerschicksale, wie das des Thüringers Wolfgang Hilbig (1941-2007), eines Arbeiterdichters ohne Bildung, eines Autodidakten, 1978 auch vorübergehend verhaftet, dessen die westdeutsche Literaturkritik begeisternder Lyrikband „Abwesenheit"(1979) in keinem DDR-Verlag erscheinen durfte. Und dieses weite Feld gnadenloser Intellektuellenverfolgungen – was bei Erich Loest (1926-2013) zu sieben Jahren Zuchthaus führte und bei Reiner Kunze zur Vertreibung außer Landes – in diesem Buch als Positivum aufgeführt zu sehen, ist eine glatte Unverschämtheit.

Und doch erfährt diese Perversion noch eine Steigerung: Auf Seite 110 werden 13 „seltene Tierarten im Grenzgebiet" genannt, in genau diesem gefährlichen Grenzgebiet, in dem zwischen 1961 und 1989 Hunderte verzweifelter DDR-Bürger auf der Flucht ihr Leben verloren oder zu Krüppeln geschossen wurden. Die aber werden mit keinem Wort erwähnt, wohl aber der Moorfrosch, die Wildkatze, der Schwarzstorch, als ob diese tödliche Grenze („idealer Lebensraum für Tiere") ein Naturschutzprojekt des Politbüros gewesen sei.

Jörg Bernhard Bilke

Veranstaltungen

27.4. (So), 16.00 Uhr:
„Evangelische Kirche hüben und drüben: was trennte – was verband?", moderiertes Erzählcafé, Peter Wensierski im Gespräch mit Dr. Christian Halbrock, Altbischof Axel Noack, Lothar Wittkopf u. Dr. Jan Philipp Wölbern; Veranstaltung d. Robert-Havemann-Gesellschaft u.a.; Ort: Zionskirche, Empore, Zionskirchplatz, 10119 Berlin

29.4. (Di), 19.00 Uhr:
Das neue Gulag-Zeitzeugenportal www.wokuta.de, vorgestellt von Stefan Krikowski, Sohn eines Workuta-Überlebenden; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

30.4. (Mi), 18.00 Uhr:
Als Verurteilter im Speziallager Sachsenhausen, Zeitzeuge Gerhard Taege im Gespräch mit Dr. Richard Buchner, Verein Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V.; Veranstaltung d. Vereine Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V. und Memorial Deutschland e.V.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

4.5. (So), 16.00 Uhr:
„Im Osten was Neues: Kreative Formen des Widerstands", moderiertes Erzählcafé, Thomas Jeutner im Gespräch mit Stephan Bickhardt u. Dr. Hana Novakova; Veranstaltung d. Robert-Havemann-Gesellschaft u.a.; Ort: Zionskirche, Empore, Zionskirchplatz, 10119 Berlin

6.5. (Di), 18.00 Uhr:
„Arbeite mit, plane mit, regiere mit". Die Arbeitswelt der DDR; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. in der Reihe „Erinnerungsort DDR – Alltag, Herrschaft, Gesellschaft"; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

8.5. (Do), 19.00 Uhr:
Konzert mit Wolf Biermann, im Rahmen des 25. Bautzen-Forums d. Landesbüros d. Friedrich-Ebert-Stiftung Leipzig; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

11.5. (So), 16.00 Uhr:
„Halbes Land. Ganzes Land. Ganzes Leben", Lesung mit Autorin Marianne Birthler; Veranstaltung d. Verlags Hanser Berlin; Ort: Schloß Sacrow, Krampnitzer Str. 33, 14469 Potsdam

Einmischung in innere Angelegenheiten

„Manchmal lachend, manchmal weinend, gelegentlich sentimental und ab und zu auch peinlich berührt tauche ich in vergangene Jahrzehnte ein." So Marianne Birthler im ersten Kapitel ihres jüngst erschienen Buches „Halbes Land. Ganzes Land. Ganzes Leben". Es erzählt vom Leben einer Frau, die Deutschlands jüngere Geschichte maßgeblich mitgeprägt hat – als friedliche Revolutionärin, als Mitglied der Volkskammer, Bundestagsabgeordnete, Ministerin, Parteivorsitzende, vor allem aber als Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes von 2000 bis 2011. Trefflich stellt die Autorin ihrer Autobiographie ein Wort Erich Kästners voran: „Wer das, was schön war, vergißt, wird böse / Wer das, was schlimm war, vergißt, wird dumm."

Marianne Birthler gehört zur ersten Nachkriegsgeneration. Also erzählt sie eingangs vom damaligen Leben einer Ostberliner Familie, und, „ja, so war's", werden die Älteren sich erinnern, während die Jungen in Verhältnisse geführt werden, die so fremd ihrem eigenen Dasein sind, daß sie ihnen wie Märchen aus einer unendlich weit zurückliegenden Zeit erscheinen müssen – dabei sind es nur wenige Jahrzehnte. Der Rahmen einer Buch-Vorstellung erlaubt es nur kurz, auf die Alltags-Lebensumstände in der DDR einzugehen, obgleich es doch so wichtig wäre, sich zu erinnern (oder es zu erfahren), wie etwa Kinder in den Schulen zum Denunzieren aufgefordert wurden, wie Eltern, die sich in Distanz zum SED-Regime befanden, vor der Frage standen, ob sie ihre Kinder Verweigerung und Offenheit, ein ehrliches Leben also lehren sollten oder eher Anpassung, um ihnen Konflikte zu ersparen und Zukunftschancen nicht zu gefährden. Oder daß es keine oppositionellen Medien gab, und wie entnervend es war, einen Urlaubsplatz, etwa an der Ostsee zu finden, daß man nicht kaufen konnte, was man gern haben wollte, daß man die auf den Tod liegende Mutter nicht besuchen konnte, wenn sie in Köln daheim war und nicht in Erfurt, und das waren ja nur einige wenige von tausend Dingen, die das Leben der Deutschen in den vierzig Jahren der Trennung unterschieden. Allein schon deshalb ist das Buch der Marianne Birthler ein ungemein wichtiges Buch, ihm ein paar Lesestunden zu widmen, ist dringend zu empfehlen.

Aber da ist ja noch mehr, viel mehr. Denn Marianne Birthler gehörte zu denen, die sich ihre Freiheit bewahren wollten, so weit dies in einem Staat möglich ist, der sein Volk lückenlos überwacht. Heute nennen wir diese Menschen gern „Bürgerrechtler". Sie haben in den beiden letzten Jahrzehnten der DDR eine wichtige Rolle gespielt, haben entscheidend zu deren Ende beigetragen, und sie haben nicht aufgehört, „Politik zu machen", als aus den beiden Deutschlands wieder eins wurde. Darüber und auch über ihre Zeit als Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen von 2000 bis 2011 erfährt der Leser viele Interna, etwa über die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der DDR-Opposition, die Rolle der Solidarischen Kirche, die Situation nach Wolf Biermanns Ausbürgerung, über Pilgerwege, Spitzel innerhalb der Bürgerrechtler, über den Konsistorialpräsidenten und späteren Ministerpräsidenten Manfred Stolpe, über den Fall des einstigen Rektors der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, über den Zusammenschluß von Bündnis 90 mit den West-Grünen, von denen Marianne Birthler schreibt: „Nur wenige empfanden die Teilung Deutschlands als schmerzlich. Viele sahen darin schlicht die Strafe für den Nationalsozialismus. Die Frage allerdings, warum diese nur den Ostdeutschen aufgebürdet worden war, wurde nicht gestellt."

Es war ein schwerer, ein steiniger Weg, den Marianne Birthler und die mit ihr verbundenen Freunde gehen mußten. Und manchmal ist auch Wehmut zu spüren, die diesen Weg begleitete. So etwa, wenn sie über die Kultur der Ohnmacht schreibt: „Diese Ohnmacht hatten wir uns nicht ausgesucht, sie war uns aufgezwungen worden. Wir hatten voneinander und miteinander gelernt, sie anzunehmen und in Würde damit zu leben... Doch unmerklich war unsere Machtlosigkeit selbst zur Tugend geworden, wir hatten uns darin eingerichtet – anders ist es nicht zu erklären, daß es gleich auf der Titelseite der Wahlkampfzeitung von Bündnis 90 so hieß: „Wir wollen nicht die Macht, sondern Mitverantwortung."

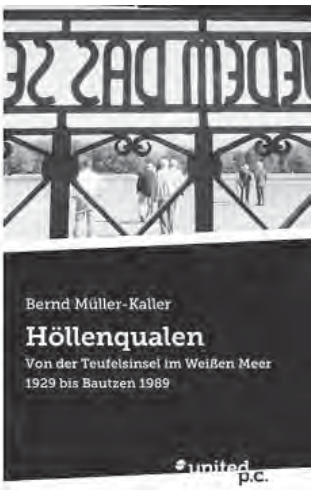
Danke, Marianne Birthler, für dieses Buch.

Horst Schüler

Marianne Birthler: Halbes Land. Ganzes Land. Ganzes Leben, Hanser Berlin 2014, 424 S., 22,90 €

Durch Höllenqualen

(VT) Bernd Müller-Kaller, Jahrgang 1939, inhaftiert in Bautzen II von 1983 bis 1989, stellt hier ein außergewöhnliches zeitgeschichtliches Buch vor: authentisch, exemplarisch, wahrhaftig. Er spannt den Bogen von der berüchtigten „Teufelsinsel" im Weißen Meer 1929, einem der ersten sowjetkommunistischen Konzentrationslager, bis nach Bautzen 1989. Der Leser begibt sich mit dem Autor auf eine sechzigjährige Zeitreise mit Haftschicksalen und taucht ein in das unheilvolle Wirken der sowjetischen Geheimdienste und ihres Ablegers, der „Stasi" in der DDR. Sowohl die starken Charaktere und Persönlichkeiten der Zeitzeugen als auch die vom Autor erdachten fiktiven Gespräche mit Freunden über die Deutung des Geschehens, dessen Bedeutung, über die Zusammenhänge und Hintergründe, machen das Buch zu etwas Besonderem. Nirgendwo anders kann man der beschriebenen „roten Linie" so eindrucksvoll in der zeitlichen und globalen Dimension von sechzig Jahren folgen und in die Abgründe kommunistischer Gewalt schauen, wie in diesem Buch.



Bernd Müller-Kaller: Durch Höllenqualen. Von der Teufelsinsel im Weißen Meer 1929 bis Bautzen 1989, united p.c. 2012, 258 S., 19,90 €; Bezug über Amazon

Historisch klar gegliedert, berührt das Buch wichtige Zeitabschnitte und deren Besonderheiten und ist daher zugleich ein zeitgeschichtliches Dokument, das wertvolle Fakten in kompakter Form enthält. Im Vorwort betont der Autor, daß er sein Buch nicht nur als Unterhaltung, sondern auch als populärwissenschaftliche Schrift verstanden wissen will. Wenn er sich dabei mit den Aussagen einzelner Historiker und mit dem Zeitgeist auseinandersetzt, dann belegt er das mit Zitaten und mit bekannten Zeitzeugen.

Stilistisch wagt der Autor den Spagat zwischen Belletristik und Zeitzeugenberichten. Erzählte Erlebnisse werden mit fiktiven Dialogen verbunden. Für all jene, die nicht zur Erlebnisgeneration gehören, werden dadurch Hintergründe und Zusammenhänge verständlicher. Trotz der langen Zeiträume und der unterschiedlich handelnden Personen, die ihre Erlebnisse schildern, entstand hier ein einmaliges, in sich geschlossenes Buch.

Rußlands Zivilgesellschaft

(VT) Wladimir Putin ist eine der meist kommentierten politischen Persönlichkeiten des neuen Milleniums. Sein Verhältnis zur Demokratie und zu Kritikern steht besonders in den westlichen Medien immer wieder auf dem Prüfstand. Dieses Buch beleuchtet die Entwicklung der russischen Zivilgesellschaft seit Josef Stalin. Es zeigt, mit welchen Voraussetzungen Putin bei der Übernahme seines Amtes konfrontiert war und welche Probleme die noch junge russische Demokratie zu überwinden hat. Nach Meinung des Autors ist die Charakterisierung Putins als Autokrat oft zu einfach begründet. Das Buch beschreibt die Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Möglichkeiten zur Zeit der Sowjetunion, ihre Chancen in der Perestroika, die Verhältnisse unter Boris Jelzin und letztlich den Umgang Wladimir Putins mit Opposition und Zivilgesellschaft.

Marcus Franke: Rußlands Zivilgesellschaft – Von Stalin zu Putin, OEZ Berlin-Verlag, Berlin 2014, 203 S., 39,90 €; für die Leser des „Stacheldraht" bis zum 1.6.2014 20 Prozent Rabatt und portofreie Lieferung innerhalb Deutschlands; Bestellung über OEZ Berlin-Verlag, Tel. (030) 993 93 16, Fax (030) 99 40 18 88, E-Mail verlag@osteuropa-Zentrum.de

Welche Rolle spielt dabei Putins autoritäre Strategie, und welche Chancen hat Rußlands Demokratisierungsprozeß dennoch? Hierbei werden historische Voraussetzungen, realpolitische Umstände sowie demokratische Notwendigkeiten berücksichtigt, um zu einem vollständigen Bild zu gelangen.

Im Vorwort wirft Prof. Dr. Peter W. Schulze (Göttingen) einen aktuellen Blick auf die Hintergründe Rußlands. Er verknüpft die Zugeständnisse im Zeit-Kontext der Olympischen Spiele von Sotschi – Freilassung Chodorkowskis und der Mitglieder von „Pussy Riot" – mit den Veränderungen der russischen Machtstruktur und liefert eine Einschätzung der Nachhaltigkeit russischer Protest- und Oppositionslandschaft.

Auch wenn das vorliegende Buch noch vor dem Beginn der Krim-Krise fertiggestellt wurde, kann es einen Beitrag zur Diskussion darüber leisten.

Veranstaltungen

13.5. (Di), 18.00 Uhr:
Nach dem Fall der letzten Mauer. Das „Militärstädtchen Nr. 7" im Sommer 1994, Ausstellungseröffnung im Rahmen der Themenwoche „20 Jahre Abzug russischer Truppen aus Deutschland" der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

13.5. (Di), 19.00 Uhr:
„Warten ohne Wiedersehen – Ein Nachkriegsschicksal im Sowjetischen Speziallager Sachsenhausen", Lesung mit Jan George und Werner K. Lahmann, den Söhnen von Gefangenen des Lagers Sachsenhausen; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

14.5. (Mi), 17.00 Uhr:
Werkbiographie und Pawlowsche Schlaftherapie von Dietfried Müller-Hegemann als Beispiel eines politisch gewollten Auf- und Abstiegs in der DDR, Ref. PD Dr. rer. Medic. Habil. Holger Steinberg, Vorlesungsreihe Psychiatrie in der DDR; Veranstaltung d. Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Charité; Ort: Hörsaal Alte Nervenklinik, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Charité-Universitätsmedizin Berlin, Campus Charité Mitte, Charitéplatz 1, 10117 Berlin

14.5. (Mi), 18.00 Uhr:
Buchpräsentation **Sonja: „negativ-dekadent".** Eine rebellische Jugend in der DDR, Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

15.5. (Do), 18.00 Uhr:
Die Stadt und ihr Städtchen. Der sowjetische Geheimdienst in Potsdam, Podiumsgespräch mit Horst Gramlich, ehem. Potsdamer OB, Marie-Luise Schalinski, ehem. Anwohnerin, Vivien Rheinheimer, Anwohnerin, Christa Dorgerloh, ehem. Anwohnerin; Veranstaltung im Rahmen der Themenwoche „20 Jahre Abzug russischer Truppen aus Deutschland" der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

16.5. (Fr), 17.00 Uhr:
Kranzniederlegung; 18.00 Uhr: **Erinnerung bewahren, Begegnungen schaffen.** Ziviler Neubeginn und bürgerschaftliches Engagement am Gefängnisstandort Leistikowstraße, Podiumsgespräch mit Gisela Kurze, Memorial Deutschland, Helmut Domke, Stiftung West-Östliche Begegnungen, Superintendent i.R. Eginhart Schmiechen, Evangelisch-

Kirchlicher Hilfsverein, Renate Wildenhof, ehem. Bewohnerin, Thomas Wernicke, Stadthistoriker; Veranstaltung im Rahmen der Themenwoche „20 Jahre Abzug russischer Truppen aus Deutschland" der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam u.a.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

18.5. (So), 10.00–18.00 Uhr:
„Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert", Ausstellungseröffnung im Rahmen des 37. Internationalen Museumstags, Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

18.5. (So), 11.30 Uhr:
Ausstellungseröffnung **„Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert";** Veranstaltung d. Robert-Havemann-Gesellschaft u.a.; Ort: Zionskirche, Zionskirchplatz, 10119 Berlin

18.5. (So), 14.00 Uhr:
Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam, Sonderführung durch die Dauerausstellung; Veranstaltung im Rahmen der Themenwoche „20 Jahre Abzug russischer Truppen aus Deutschland" der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam; bitte anmelden unter mail@gedenkstaette-leistikowstrasse.de

27.5. (Di), 19.00 Uhr:
„Wir wollen freie Menschen sein. Volksaufstand 1953", Freya Klier, Regisseurin und Autorin, zeigt ihren Dokumentarfilm; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

28.5. (Mi), 19.00 Uhr:
Die internationale und militärische Lage – **Helsinki-Prozeß, Warschauer Pakt und NATO am Ende des Kalten Krieges,** Podiumsdiskussion mit PD Dr. Oliver Bange, Zentrum f. Militärgeschichte u. Sozialwissenschaften d. Bundeswehr, Potsdam, Rainer Eppelmann, Pfarrer, DDR-Oppositioneller u. letzter Verteidigungsminister der DDR, Jörg Schönbohm, General a.D., Innenminister d. Landes Brandenburg a.D., Prof. Gert Weißkirchen, Pädagoge, 1976-2009 MdB und Sprecher d. SPD-Fraktion für außenpolitische Fragen; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. in der Reihe „Vor 25 Jahren – Friedliche Revolution und Ende des Kalten Krieges"; Ort: Collegium Hungaricum Berlin, Dorotheenstr. 12, Berlin-Mitte

Sonja: „negativ-dekadent"

(VT) Eine Geschichte von Liebe und Verrat, von Abhängigkeiten und Macht, vom Schrei nach Freiheit – mundtot gemacht im Zusammenschluß von Staat und Familie. Rostock, Mai 1968: „Wir saßen hier fest. We´re not going to San Francisco, some flowers in our hair. Während in Paris, Berlin, Warschau die Straßen brannten, waren wir als Gammler verschrien und im Visier von Volkspolizei und MfS." Parka, Jeans, lange Haare und den Beat aus dem Kofferradio dabei, die 16jährige

Silke Kettelhake: Sonja: „negativ-dekadent". Eine rebellische Jugend in der DDR, Osburg Verlag 2014, 296 S., 17,99 €

Sonja und ihre Freunde halten in den Händen ein Transparent, nicht mehr als ein Stück Pappe: „Russen raus aus der CSSR!" Sie lachen, sind lebensdurstig und leichtgläubig, überschätzen sich, unterschätzen die Staatsmacht. Sonja wird verhaftet. Ihre Strafe: Jugendwerkhof Torgau, geschlossene Abteilung.

1989: Das Ende der DDR. Freiheit! Mit den Jahren holt die Vergangenheit Sonja immer wieder ein, die Bespitzelungen, Denunziationen, Demütigungen. Wer sind die Täter? Sonja faßt den Entschluß: Die Ereignisse von damals müssen ans Licht. Sie beginnt zu erzählen.

Die Autorin Silke Kettelhake, freie Journalistin für Tageszeitungen und Magazine, war zehn Jahre in einer Filmredaktion im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung tätig und veröffentlichte mehrere Bücher.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag haben

Fritz Schubert am 2. Mai, Reinhard Nedlitz am 4. Mai, Gisela Fritsche am 6. Mai, Emil Kort am 10. Mai, Joachim Fischer am 12. Mai, Käthe Zemke am 14. Mai, Heinz Borkenhagen am 16. Mai, Bernd Gutermuth, Wolfgang Stieber, Leo Zwirschke am 22. Mai, Peter Schnurer am 26. Mai, Siegfried Jahnke, Günter Polster am 27. Mai, Manfred Dominka, Christa Matuszewsky am 28. Mai, Ursula Palmer am 30. Mai, Harald Kothe am 31. Mai.

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Hans Günter Aurich, Liselotte Bache, Hans-Joachim Berndt, Günter Breschke, Sybille Ebelt, Hans Engelke, Karl-Peter »

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo-Fr, 14-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung")
Tel. (030) 57 79 87 39
Telefonische Sprechzeit: Di 10-12 Uhr
E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Füßlein, Prof. Dr. Werner Gumpel, Karl-Heinz u. Helga Hoffmann, Ernst Horstmann, Grete Klemt, Otto Klingbiel, Anneliese Krauß, Johannes Liebsch, Norbert Lipski, Uwe Malcharek, Jürgen Müller, Erich Münch, Helga Olschewski, Michael Peters, Joachim Petras, Günter Prescher, Eike Christine Radewahn, Ernst-Willi Rehdanz, Uwe Reinhardt, Lothar Rühl, Horst Schmiel, Siegbert Schmolke, Dr. Walter Schöbe, Ulrike Schultz, Manfred Schwiethal, Gabriele Seidel, Kurt Gerd Sommerlatte, Heinz Steinbach, Klaus-Joachim Surma, Gerhard Täuber, Joachim Tetzlaff, Helge Viereck, Vera Wilhelm, Herbert Winter, Horst Wolkenstein, Karl Wruck

Stacheldraht-Konto:
BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01
BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DE DB110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende"

Das Zitat

Für einen Politiker ist es gefährlich, die Wahrheit zu sagen.

Die Leute könnten sich daran gewöhnen, die Wahrheit hören zu wollen.

George Bernard Shaw

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg
Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup
Sprechzeiten: Mo–Do 16–18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDEDBBER

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,– Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereichter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 2. April 2014